

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. fort in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. 50 Pf. Monat. Eingetr. in der Post-Regierungs-Verordnung für 1895 unter Nr. 7198.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Zeit oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Juri I. Br. 1898. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Mittwoch, den 16. Januar 1895.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

### Die preussische Thronrede.

Der preussische Landtag wurde heute vom Könige mit folgender Thronrede eröffnet:

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtages!

In gewohnter Weise habe ich Sie zur versaffungsmäßigen Mitarbeit berufen und entbiete Ihnen bei Wiederaufnahme Ihrer Thätigkeit meinen königlichen Gruß.

Der Haushaltsplan für das Jahr 1895/96, welcher infolge des Abschlusses der Steuerreform und der Neuordnung der Eisenbahn-Verwaltung, wie des Kassensystems im Bereiche der Verwaltung der direkten Steuern wesentliche Umgestaltungen erfahren hat, wird Ihnen unverweilt zugehen. Zu meinem Bedauern schließt er wiederum mit einem erheblichen Fehlbetrag ab.

Trotz der fortwährenden vorsichtigen und sparsamen Bemessung der Ausgaben und der günstigeren Entwicklung der eigenen Einnahmen Preußens ist es wesentlich wegen der zu Ungunsten der Einzelstaaten gänzlich veränderten Finanzlage des Reichs noch nicht gelungen, das Gleichgewicht des preussischen Staatshaushalts wiederherzustellen. Diesen seit mehreren Jahren bestehenden bellagenden Zustand endlich zu beseitigen, muß unser erstes Bestreben sein.

Die Verbündeten Regierungen haben in der Erwartung, dadurch zu einem besser geregelten finanziellen Zustande zu gelangen, auf die bisherigen Mehrüberweisungen seitens des Reichs an die Einzelstaaten verzichtet. Sie werden ihre Vorlagen an den Reichstag auf eine mäßige Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reichs und die Herstellung gesetzlicher Bürgschaften für die finanzielle Selbständigkeit des Reichs und seiner Glieder beschränken. Wenn es gelingt, auf dieser Grundlage eine Einigung herbeizuführen, so ist zu hoffen, daß die dringlichste Forderung, die Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen den Einnahmen und Ausgaben des Landes, erfüllt werden wird.

Das letzte Rechnungsjahr hat einen Fehlbetrag von mehr als 31.000.000 M. Für das laufende Etatsjahr wird der Fehlbetrag — jedoch zum Teil infolge vorübergehender Verhältnisse — wahrscheinlich nicht unerheblich hinter dem Anschlage und demjenigen des Vorjahres zurückbleiben.

Der zu Ihrer Beschlußfassung gelangende Gesetzentwurf, betreffend die Steuerveränderungen, soll die auf dem Gebiete der direkten Steuern nunmehr abgeschlossene grundlegende Reform auf die indirekten Landessteuern ausdehnen und auch bei den letzteren die Verteilung der Staatslasten nach der Leistungsfähigkeit in höherem Grade als bisher durchzuführen.

Ein nach gleichen Grundsätzen ausgearbeiteter Gesetzentwurf bezweckt eine Neuordnung des gerichtlichen Kassensystems, unter dem Gesichtspunkte einer einheitlichen Gestaltung für alle Landesgerichte und der Ermäßigung der Kosten für Gegenstände geringeren Wertes, namentlich in Grundbuch- und Vormundschaftsachen. Gleichzeitig wird Ihnen der Entwurf einer Gebührenordnung für Notare zugehen, in welchem auch die Notariatsgebühren für die ganze Monarchie gleichmäßig geregelt sind.

Ihrer Beschlußfassung werden ferner mehrere Gesetzentwürfe unterbreitet werden, welche die Durchführung der im abgelaufenen Jahr von den Synoden der evangelischen Kirchengemeinschaften beschlossenen Kirchengesetze zum Gegenstand haben. Dabei wird es sich besonders auch um die Sorge für die Hinterbliebenen der evangelischen Geistlichen der neuen Provinzen handeln.

Wegen Erweiterung des Staatseisenbahn-Netzes durch Herstellung neuer Eisenbahnlinien wird Ihnen auch in diesem Jahre ein Gesetzentwurf zugehen, in welchem zugleich Mittel zur Vetheiligung des Staates an Kleinbahn-Unternehmungen vorgesehen werden sollen.

Mit der Neuordnung der Behörden der staatlichen Eisenbahnverwaltung werden vom Beginn des nächsten Etatsjahres ab umfangreiche Reformen des Kassensystems und Rechnungswesens in Kraft treten, welche dazu beitragen werden, die Wirtschaftlichkeit der Verwaltung zu erhöhen.

Der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Verpfändung der Privatseisenbahnen und der Kleinbahnen, wird wiederholt den Gegenstand Ihrer Beratung bilden.

Die schweren Sturmfluten der letzten Wochen haben auch an den preussischen Inseln und Küsten der Nordsee bedauerliche Verheerungen angerichtet. Wegen Feststellung des Umfangs dieser Schäden und Einleitung der zu ihrer Beseitigung geeigneten Maßnahmen ist das Erforderliche veranlaßt.

Zur weiteren Förderung des gewerblichen Fortschritts- und Fachschulwesens ist eine Verstaatlichung der etatsmäßigen Mittel vorgesehen.

Zu meinem lebhaften Bedauern ist die Lage der Landwirtschaft fortwährend ungünstig. Den hieraus erwachsenden schweren Nöthständen nach Möglichkeit zu begegnen, ist meine unablässige landesväterliche Sorge und die dringendste Aufgabe meiner Regierung.

Zum Zweck der Erhaltung der neu geschaffenen Renten- und Anstaltungsgüter wird Ihnen voraussichtlich noch in dieser Tagung der Entwurf eines Gesetzes, betreffend das Anwartsrecht bei Renten- und Anstaltungsgütern, zugehen.

Geehrte Herren! Es gilt heute mehr als je in einträchtiger Arbeit die Wohlfahrt des Volkes zu fördern, und es ist die erste Pflicht aller Wohlgeinten, gegenüber den wachsenden Angriffen auf die Staatsordnung, sich einmüthig zur Abwehr zusammenzuschließen.

Ich vertraue auf die bereitwillige Unterstützung und die patriotische Hingebung der preussischen Landesvertretung und bitte Gott, daß er die bevorstehende Tagung dem Lande zu reichem Segen gedeihen lasse.

Nur ganz vereinzelt ertönte ein Beifallsruf bei Verlesung der Thronrede, und auch in der Presse fand dieser Beifall selbst bei den regierungsfreundlichen Blättern nur

ganz leisen Wiederhall. Und dies ist bei der geschäftsmäßigen, trockenen Aufzählung der Vorlagen, bei dem Mangel jeder, weitere Kreise berührenden Anregung, bei dem Fehlen jedes zündenden Gedankens auch selbstverständlich.

Der preussische Landtag leidet schwer unter der Folge des Dreiklassen-Wahlsystems, dieser selbst von reaktionären Politikern auf's schärfste verurtheilten Scheinvertretung des Volkes, nämlich unter der allgemeinen Interesselosigkeit. An dieser wird durch die Thronrede gar nichts geändert.

Die Thronrede enthält nicht das Programm einer neuen Regierung, kein Wort in derselben deutet darauf hin, daß das Reich und Preußen von einem anderen Staatsmanne regiert wird, daß die wichtigen Ministerien für das Innere und das Auswärtige, für die Justiz und die Landwirtschaft neuen Männern anvertraut sind, daß weitere Veränderungen bevorstehen, daß die neuen Männer andere Grundsätze vertreten, anderes planen, als ihre Vorgänger. Ja, nicht einmal mit einem Worte ist der Thatsache dieser großen Personenveränderungen Erwähnung gethan. Wozu braucht dies auch das Volk zu wissen. Läßt sich die geringe Bedeutung des preussischen Parlaments in schärferer Weise kennzeichnen? Wir begreifen es. Wir sehen in diesem Stillstehen einen neuen Beleg für den Grundsatz der ungeschriebenen Verfassung, deren Um und Auf der von des Kaisers Hand in das goldene Buch der Stadt München eingetragene Satz ist.

Suprema lex, regis voluntas!  
(Das höchste Gesetz ist der Wille des Königs!)

Wenn wir den geschäftsmäßigen Inhalt der Thronrede prüfen, so dürfen wir dieselbe nicht als das Programm der neuen Regierung ansehen.

Und was wird in der Thronrede gesagt? Nichts von der Nothwendigkeit einer neuen Bergwerks-Gesetzgebung, nichts von der Dringlichkeit, die Lage der Lehrer und der Beamten zu einer menschenwürdigen zu gestalten, dafür aber desto mehr von der Nothwendigkeit neuer Steuern, die sich in einer Reform der Stempelsteuer-Gesetzgebung verbirgt.

Nothgedrungen wird eingestanden, daß die preussische Staatsrechnung weit besser abschließt, als dies die erte Thronrede und die Vorlagen des preussischen Finanzministers erwarten ließen, aber dies sei lediglich auf zufällige Ursachen zurückzuführen und dann wird Schwarz in Schwarz die traurige Lage der preussischen Finanzen gemalt. Diese Klage richtet sich nicht an den preussischen Landtag, sondern an den Reichstag, der wegen des angeblich so traurigen Zustandes der Landesfinanzen die Reichs-Finanz-

### Revue.

(Nachdruck verboten.)

#### Am Exil.

Roman von Georges Renard. Autorisierte Uebersetzung von Marie Kunert.

Ein dritter Versuch brachte ihm die Ehre, bei einem großen Sou-Blatte zu erscheinen, einer Zeitung, die sich — besonders in Wahlzeiten — fortschrittlich nannte. Dieses Mal dauerte es wenigstens nicht lange. René hatte sein Werk mit einigen Worten analysirt, doch ließ man ihn kaum zu Ende sprechen. Zuviel Psychologie darin! Zu viel Literatur!

Lesen Sie den Roman wenigstens, hat er schüchtern. Nichts. Das Ganze ist nichts für unsere Zeitung. Wir brauchen Abenteuer, geheimnißvolle Verbrechen, geniale Detektives, welche die Spur unauffindbarer Mörder verfolgen; wenn nicht, dann wehe unserer Abonnentenliste! Der Direktor, ein alter Mann, der früher einmal großen literarischen Ehrgeiz besessen hatte, schloß mit der Erklärung, die keine Erwiderung zuließ.

Wenn George Sand oder Balzac mir heute einen Roman brächten, so würde ich ihn nicht nehmen, nein, mein Herr, ich würde ihn nicht nehmen.

Durch diese wiederholten Mißerfolge wurde René bitter gestimmt, niedergeschlagen. In dem kleinen Haushalte wuchs der Mangel, und die stille Besorgnis seiner Mutter wirkte auf ihn zurück und wurde von Tag zu Tag stärker. Er zweifelte an sich selbst. Er sah, wie Cayrolaz Glück hatte, für alle möglichen Blätter schrieb und schon einen gewissen Ruf besaß. Man war ihm auch eines Tages begegnet, als er eine Frau am Arme führte, die herrliche Diamanten in den Ohren trug. Seine Zeit war so kostbar geworden, daß er nur noch im Wagen durch Paris fuhr. Sollte er etwa Cayrolaz beneiden oder nachahmen? O wenn doch unter den Mitteln, die dieser Tausendkünstler anwandte, eines gewesen wäre, dessen René sich als ehrlicher Mann hätte bedienen können! Cayrolaz machte aus seinen Mitteln, vorwärts zu

kommen, kein Hehl mehr. Im vertrauten Kreise sprach er mit ruhiger Gemüthlichkeit darüber. Eines Abends sagte René feuchend zu ihm:

Du hast Glück, Du!

Nein, antwortete er. Aber ich weiß mich den Umständen anzupassen. Du bist zu eigensinnig. Du willst Du selbst bleiben, Du hältst an Deinen Ideen fest. Du bist der reine Wilde. Ich, ich weiß, daß man mit den Wölfen heulen muß, um ihnen zu gefallen, und ich heule stärker als sie, das ist mein ganzes Geheimniß.

Während er sprach, drehte er eine kleine Broschüre mit gelbem Umschlag in der Hand herum.

Was ist das? fragte René.

Das? Sieh' es Dir an. Die Jugend... Revue für Literatur und Kunst. Ein schöner Titel, nicht wahr? Das Organ eines kleinen Kreises von kräftigen, großen Männern, die alle, ich natürlich zuerst, ihr Denkmal haben werden. Aber halt! Jetzt erst denke ich daran. Willst Du mit machen? Es kann Dir nützlich sein. Durch unfere achtjährige, gezwungene Abwesenheit sind wir hinter den Männern unserer Generation etwas zurückgeblieben. Wir können sie nicht mehr einholen. Nun wohl! Dann wollen wir die Kameraden der Jüngeren, die Patriarchen der Jugend sein. Du kannst Dir nicht vorstellen, wie bequem diese Aktiengesellschaften auf gegenseitige Bewunderung sind, wenn man sie nur einigermaßen zu benutzen weiß.

René riß das Kreuzband ab, das die Revue umschloß. Bist Du Abonnent, sagte er, oder Mitarbeiter?

Beides. O, die verstehen sich auf das Geschäft! Als ich ihnen das erste Mal etwas zuschickte, haben sie mir postwendend eine Abbonnementsquittung übersandt.

Und Du hast sie angenommen?

Postausend! Natürlich — sie müssen mich irgendwie entschädigen. Ich gebe, damit Du gibst. Das ist die Seele des Geschäfts.

Bezahlen sie?

Den Drucker manchmal, die Mitarbeiter niemals. Und dann?

Ach geh' mit Deiner Einfalt! Sieh Dir zunächst einmal den Umschlag an. Da steht in großen Lettern: Direktor: Gabriel Desaubiers. Ehre dem Ehre gebührt. Er ist der

einzigste, der Mittel besitzt, folglich hat er das Recht ständiger Reklame auf dem Titelblatte. Darunter steht Du zwei Direktions- und zwei Redaktionssekretäre. Ich sage Dir, das Geschäft ist großartig eingerichtet. Das reine Anschlagtafel-System. Das Publikum behält so schließlich die Namen, die es unaufhörlich vor Augen hat, im Gedächtniß.

Aber die andern?

Warte ein wenig. Das Ideal — Du begreift — ist dahin zu gelangen, daß der Satz: „Die beste Chocolade ist die Chocolade...“, welche wir fabriziren,“ in den verschiedensten Formen immer wiederkehrt. Das bringt zweierlei mit sich: Verherrlichung derer, die zum Hause gehören, Vernichtung der andern. Schläge das Heft auf und Du wirst sehen, wie die Variationen über dieses Doppelthema ausgeführt werden.

Cayrolaz durchflog mit René die Inhaltsangabe der Nummer.

... Die Poesie des Wortes. Versuch einer unabhängigen Kritik von Jean Argypoulos. Ich wette, daß der nach allen Regeln der Kunst alles in Grund und Boden kritisiert. Doch höre lieber: der Autor fragt sich, ob Vater Hugo ein Dichter ist und schließt mit der schönen Phrase: Er würde mir noch lieber sein, wenn er keine Verse gemacht hätte. — Gerade wie wenn der liebe Gott einer Wange einen Verweis giebt.

Was hat Viktor Hugo ihm nur gethan?

Nichts. Er lebt nur zu lange, er verdunkelt unsere Zeit, und man ruft ihm zu: Geh uns aus der Sonne! Platz den Jungen, zum Teufel! Dies den Artikel weiter, und Du wirst finden, daß die französische Poesie erst mit Almeria beginnt, der selbstredend einer der Unrigen ist. Von ihm Worte, Worte, nichts als Worte! Mit ihm die köstlichste Musik, die Wunderblume des Traumes, der silberne Nebel des Symbolismus, was weiß ich noch! So improvisirt man einen großen Dichter!

Halt! ein Artikel über Dich! rief René.

Sieh, sieh! Ach, das ist nett! Ein Virtuose auf dem Gebiete des Zeitgemäßen! Ein moderner Nachfalter, der über die wogenden Gipfel der Ereignisse dahinstattert: Ein Chronist, schnell und bissig wie eine Wespe. Unter-

reform mit der gefährlichen Tabak-Fabriksteuer be-  
willigen soll.

Während den elend gestellten Lehrern gar nichts ver-  
sprochen wird, sorgt das preussische Ministerium für die  
Hinterbliebenen der evangelischen Geistlichkeit. Auch andere  
Kirchenpolitische Vorlagen werden in  
Ausicht gestellt. Der Bau einiger Eisenbahnen wird ver-  
sprochen, wodurch die Regierung sich einige neue Freunde  
verschaffen wird, es wird betont, daß durch die Reorganisa-  
tion der preussischen Staatseisenbahnen die Wirtschaft-  
lichkeit der Verwaltung gehoben werden soll, aber nicht er-  
wähnt, daß dadurch eine große Anzahl von Personen, die  
bisher dem Staate „gedient“ haben, schlechter gestellt  
werden.

Wie weit die versprochene Förderung des **F a c h s u l-**  
**w e s e n s** geht, ist abzuwarten, nach den bisherigen Er-  
fahrungen nicht weit, denn bei den letzten Verhandlungen  
des Landtages über diese Frage hat die preussische Regierung  
sich selbst gegen die unbedeutendsten Reiforderungen ab-  
lehnen verhalten.

Weit mehr als durch das, was gesagt wird, regt die  
Thronrede zu Betrachtungen an, durch das, was in ihr  
verschwiegen wird.

Mit keinem Worte wird die **Schule** erwähnt, mit  
keinem Worte der Arbeitererwähnung gethan, die un-  
zweifelhaft im Unterrichtsministerium in bezug auf die Volk-  
schule in Angriff genommen wurden.

Von der Sympathie für die **Landwirtschaft** wird  
gesprochen, es ist die einzige Stelle, wo die Verfasser der  
Thronrede einige wärmere Töne in das nüchternen Satz-  
gefüge der Staatsurkunde hineinbrachten, aber auch hier  
begnügt sie sich mit einigen Allgemeinheiten und verhält  
nichts von den eigentlichen Plänen des aus den Kreisen der  
Agrarier entnommenen neuen Landwirtschaftsministers.

Am Schlusse der Thronrede findet sich der folgende  
Satz:

Es ist die ernste Pflicht aller Wohlgesinnten, gegenüber den  
wachsenden Angriffen auf die Staatsordnung, sich einmütig zur  
Abwehr zusammen zu schließen.

Auch hier wird weniger gesagt, als die Verfasser der  
Thronrede wissen. Wir glauben uns nicht zu täuschen,  
wenn wir annehmen, daß sich hinter diesen Sätzen das  
spezifisch-preussische Umsturzgesetz verbirgt: die Auffassung  
des vorrussischen Vereins- und Versammlungsgesetzes. Nur eines  
geht aus diesem Abzuge hervor: das preussische Ministerium  
kann noch ein Vierteljahr mit dem gegenwärtigen Vereins-  
und Versammlungsgesetz auskommen, so stark ist der von Land-  
räthen, Polizisten und Regimentern gestützte preussische Staat  
doch noch. Zuerst soll der Reichstag sein brav und fleißig  
seine Umsturzvorlage unter Dach bringen, dann kann der  
preussische Landtag die Vereinsgesetzgebung im Sinne des  
früheren Frankfurter Polizeigesetzes und jetzigen Ministers des  
Inneren, Herrn v. Köller, ändern. So schlau sind auch die  
Hohenlohe, Köller und Schönstedt, daß sie sich sagen, daß  
dem Umsturzgesetz im Reichstage noch mehr Gegner er-  
wachsen würden, wenn die reaktionären Pläne für die  
preussische Landesgesetzgebung heute schon öffentlich bekannt  
würden.

Wenn wir alles zusammenfassen, so müssen wir sagen,  
daß die Thronrede im Volke keine Hoffnungen erwecken  
kann, daß sie den Männern des neuesten Kurfes nach diesem  
Staatsakte um keinen Deut mehr Vertrauen entgegenbringen  
kann, als nach ihren Thaten im Reichstage.

Falsch wäre es aber, deshalb den Verhandlungen des  
Landtages ohne Interesse zu folgen, auch in ihm wird über  
des Volkes Wohl und Wehe, über neue Belastungen und  
Verfolgungen beraten, aber freilich ohne die, gegen welche  
sie diese richten.

Der preussische Landtag ist eine reine Vertretung der  
bestehenden Klassen, die Sozialdemokratie ist der politische  
Ausdruck der besitzlosen Klassen. Zwei feindliche Lager!  
Wir wären schlecht Feldherrn und Soldaten, wollten wir  
uns nicht darum kümmern, was im Lager unserer Gegner  
vorgeht.

## Politische Ueberlicht.

Berlin, den 15. Januar.

Aus dem Reichstag. Früher nannte man die  
Tagesordnung Befähigungsnachweis, heute nannte man sie  
Handelstammern; sonst ist es derselbe Faden, der gesponnen  
wurde, früher wie heute. Diese Redereien wiederholen sich  
nun schon seit halb 15 Jahren und noch ist damit keinem  
Handwerker eine Schnitte Brot in die Schüssel gebracht  
worden. Der ganze Unterschied ist nur der, daß früher  
derartige Anträge von der rechten Seite kamen, während

gezeichnet: Parlebebe... Dafür bin ich ihm zwei Seiten  
Lobeserhebungen für seinen nächsten Roman schuldig. Ich  
werde ihn einen Kunstphilosophen taufen.

Du hast seinen Roman gelesen?

Rein, weil er noch nicht geschrieben ist. Aber was  
würde denn aus der Sicherheit der Beziehungen und aus  
dem guten Glauben in Geschäftssachen, wenn man nicht ent-  
schlossen ist, seine Schulden zu bezahlen? Der Grund und  
Boden unseres Programms ist: leibe mit Talent, ich gebe  
Dir Genie zurück. Sehr praktische Leute, unsere Jüngsten. Sie  
haben dieses Tauschgeschäft mit seltener Vollendung ein-  
gerichtet. Sieh mir die Revue, ich werde Dir noch einige  
Proben geben. Siehst Du diesen Holzschnitt?

Er zeigte ihm eine Illustration, die einen mageren  
Jüngling, auf einem Stuhle sitzend, die Arme auf die  
Lehne gestützt, eine Zigarre in der Rechten, darstellte.

Ich stelle Dir hier einen unserer Redaktionssekretäre,  
Herrn Hansen, vor, einen noch ziemlich grünen dramatischen  
Dichter. Wir lassen ihn hier vor allem Volke sehen. Aber das ist  
noch nicht alles. Folgt noch ein geschriebenes Porträt, eine etwas  
kurz gerathene Biographie, weil er erst einundzwanzig  
Jahre alt ist und noch nichts veröffentlicht hat. Um sie  
ein bisschen aufzupecken, folgt eine ausführliche Schilderung  
seiner Wohnung mit Einschluß seines Schlafzimmers, eine  
Aufzählung seiner literarischen Neigungen und Aehnliches,  
eine Liste der Werke, welche er vorbereitet, d. h. eine Samm-  
lung von wundervollen Titeln, genug, um zehn Jahre davon  
zählen zu können. Daneben wird etwas Weinbrand gespendet,  
sieh hier z. B.: Ein Schloßparadieser Geist... Ein grau-  
samer Chroniker... Ein thatkräftiger Neuerer... zc. zc.  
Deute ist an ihm und an mir die Reihe, die Wohl-  
gerüche Arabiens einzuathmen. Das nächste Mal sind wir  
dafür daran, die Räucherpfannen anzuzünden.

Aber, sagte René, das Publikum muß doch sehr bald  
dahinter kommen und sich dann über Eure Schliche lustig  
machen. (Fortsetzung folgt.)

jetzt die Partei des Großkapitals und der Großproduzenten  
sans phrase, die Nationalliberalen, sich den Ull erlauben  
und in „Meinung des Handwerks“ machen.

Die Debatte selbst brachte nichts neues, was angeht  
des abgedroschenen Gegenstandes nicht Wunder nehmen  
kann.

Vom Bundesrathstisch aus griffen die beiden Minister  
Berlepsch und Bötticher in die Verhandlungen ein, während  
der Geheimrath Lohmann melancholisch an einem der  
Referentenstische saß und wohl der Zeit gedachte, wo die  
königlich preussische Sozialreform noch Trumpf war.  
Für unsere öffentlichen Zustände ist es charakteristisch, daß  
im Hause von Abgeordneten, welche nicht dafür bekannt sind,  
in solchen Dingen schlechte Wiße zu machen, allen Ernstes  
erzählt wurde, für den Staatssekretär von Bötticher sei,  
während er im Reichstag sprach, in seiner Amtswohnung  
von Herrn Lohmann die Entlassung abgegeben worden.

Die Diskussion wurde außer den Ministern von  
dem bekannten Sozialpolitiker des Zentrums, Hise, dem  
Konservativen Jakobskötter, Eugen Richter und unserem  
Genossen Bod geführt. Letzterer zeigte an einigen  
brasilianischen Beispielen, wie immer größere Gruppen  
von bisher selbständigen Handwerksmeistern der Ueber-  
macht des Kapitals weichen müssen, zugleich geistelte  
er auch die Wirtschaft in den Innungen, wo die Beiträge  
für die Repräsentation und Gelage ausgeben werden,  
während für die Hebung des Handwerks nichts oder so gut  
wie nichts geschieht. Die Frage unseres Genossen nach der  
Errichtung von Arbeiterkammern beantwortete Herr von  
Bötticher damit, daß es nicht Sache der Regierung sei,  
sozialdemokratische Organisationen ins  
Leben zu rufen.

Morgen steht an erster Stelle der Antrag auf Zu-  
lassung der Jesuiten und dann sämtliche Anträge, welche  
sich auf die Konsumvereine beziehen.

Das Zentrum und die Umsturzvorlage. Ueber die  
erste Lesung der Umsturzvorlage laßt die Korre-  
spondenz für Zentrumblätter ihr Urtheil  
dahin zusammen, daß die Lage nach dieser Verathung so  
geblieben sei, wie sie vorher war. Besonders in den beiden  
kritischsten Punkten, §§ 130 und 131, ist noch nichts zu Tage  
gefordert worden, was als Grundlage einer Verständigung  
zu begründen wäre. Man könnte höchstens sagen, daß für  
§ 131 sich mit nahezu zweifelloser Sicherheit das Fiasco  
angekündigt habe, und daß für § 130 trotz der Anerkennung  
seines Zieles die Aussichten nicht viel besser sind. Die  
Erklärung des Fürsten Hohenlohe über das Mindest-  
maß will die Korrespondenz nicht allzu scharf aus-  
legen. Sonst wäre darin eine Abgabe zu finden gegen-  
über dem Zentrum, „das zwar alles prüft, aber nur  
das Beste behalten will, und eine Abweichung von den Er-  
klärungen des Herrn v. Köller, der sich zu Verhandlungen  
wegen Abänderung der Vorlage bereit erklärte. Aber aller  
Wahrscheinlichkeit nach hat Fürst Hohenlohe es nicht so  
schlimm gemeint; er wollte gewiß nur die Selbstbeschränkung  
der verbündeten Regierungen ins Licht rücken, um die  
Opposition nachgiebig zu stimmen, aber nicht jede weitere  
Beschränkung des Entwurfs von vornherein als unannehmbar  
bezeichnen. Die Regierung hat sich überhaupt nicht kampfs-  
und konfliktlustig ausgedrückt, sondern im allgemeinen die  
Taktik des Beschwichtigens, des sanften „Perumtrügens“  
befolgt, namentlich dem Zentrum gegenüber.“

Die „Kölnische Volkszeitung“ faßt ihr Urtheil  
über die Umsturzvorlage dahin zusammen: Die Vorlage  
wird nicht Gesez werden, falls es nicht gelingt, dieselbe  
in der Kommission wesentlich umzugestalten, und ihr die ge-  
fährlichsten Zähne auszubrechen.

Zur Reichs-Steuerpolitik liegen eine Reihe von  
Mittheilungen vor, die wir kurz registriren wollen.

Bei der Tabaksteuervorlage sollen die Inter-  
essen der süddeutschen Tabakbauern besonders berücksichtigt  
werden, zu diesem Zweck soll der Zoll auf ausländischen  
Tabak von 40 auf 45 M. erhöht werden. Dem stehen die  
Interessen Bremens und Hamburgs entgegen.

Ein Weinsteuergesez soll die kommunale Be-  
steuerung des Weines in dem Sinne regeln, daß künstlich  
sammliche Gemeinden den Wein besteuern dürfen, daß aber  
die Steuer 10 pCt. des Werthes nicht übersteigen soll; wie  
dies bisher der Fall war, soll den Gemeinden eine Ueber-  
gangsfrist eingeräumt werden, bis zu deren Ablauf sie die  
höhere Steuer erheben dürfen. Der kommunalen Wein-  
besteuerung würden neben dem Naturweine auch Kunst- und  
Schaumweine unterliegen.

Außerdem Aenderung des Zuckersteuergesezes

## Die Breslauer „Goldelse“.

Daß die erlauchte Klasse der „Besten der Nation“ und der  
Welt-Aristokratie nicht allein Beschäfer von Religion, Eigenthum,  
Sittlichkeit ist, sondern auch eine große Zahl jener „Be-  
schäfer“ stellt, die im Volke unter dem Namen „Louis“  
bekannt sind, hat der Abgeordnete K u e r in seiner Umsturzrede zart  
angedeutet. Er hat dafür gesorgt, daß man noch auf lange Zeit  
hinaus, sobald man von den Edelften und Besten spricht, auch an  
die ermordete Breslauer Goldelse denken wird.

Es war sehr angebracht, den Fall „Goldelse“ mit der  
Umsturzvorlage in Zusammenhang zu bringen. Er liefert einen  
schönen Beitrag zur Beurtheilung jener Kreise, aus denen die  
Männerbunde zur Verwilderung der Unsitlichkeit, ihre Neutaten  
beziehen. Aus alle Fälle zeigt die Geschichte der „Goldelse“ auch  
dem blödesten Auge, in welchen Regionen die Unmoral und  
die Verhöhnung des Heiligsten, was das deutsche Volk besitzt,  
zu suchen ist.

Elisabeth Groß, ehemals ein armes Dienstmädchen,  
war zur Dirne geworden. — Nachdem sie als solche eine Zeit  
lang ein recht beschwerliches Dasein gestiftet hatte, erwarb sie  
infolge ihrer großen Schönheit die „väterliche“ Zuneigung einer  
Anzahl hochangesehener Standesherren, und sozart konnte sie  
eine Verschwendungssucht entwickeln, die aller Beschreibung  
spottet. Sie bewohnte die ganze Etage eines Hauses, und Graf  
Schw einig zahlte dafür 1200 M. ar l Miete. Die Zimmer  
waren mit einer Pracht ausgestattet, wie sonst nur bei fei-  
reichen Verschwendern. Ihre Portieren, ihre Möbel, ihr Tafel-  
geschire, ihre Toiletten konnten den Vergleich mit denen jeder  
Königin wagen. Jede Woche gab sie einige Herren-  
gesellschaften, und ihre vornehmsten Gäste mußten be-  
kennen, daß sie so vortheilhaft und theure Weine  
nie zuvor getrunken hätten. Mit der Güte der Weine wer-  
eiferten die Speisen, Zigarren u. s. w. Während der Sommer-  
monate hielt sie sich in den vornehmsten Badeorten auf und  
umgab sich auch dort mit einer sabelhaften Pracht. Ihre Frei-  
gebigkeit war fast schrankenlos, und es muß zu ihrer Ehre be-  
notet werden, daß sie zahllosen Armen eine Helferin war.

Es ist aber ein Irrthum, wenn behauptet wird, daß die von  
ihr vergendeten Summen alle aus der Tasche des Grafen

im Interesse einer Reihe nothleidender Millionäre dürfte  
den Reichstag in absehbarer Zeit beschäftigen. —

Der **Börsensteuer-Gesetzentwurf** wird nicht so bald  
den Reichstag beschäftigen. Er wird jetzt im preussischen  
Staatsministerium nochmals beraten und dürfte dort so  
starke Aenderungen erfahren, zu denen die Regierungen der  
anderen Bundesstaaten dann noch Stellung nehmen müssen,  
daß es wohl zweifelhaft ist, ob der Entwurf noch zur  
Kenntniß des Reichstages gebracht werden kann. Eine  
Durchberathung im Reichstage scheint uns mit Rücksicht auf  
die ganze Geschäftslage ausgeschlossen. —

**Gerichtskosten-Gesez und Gebührenordnung für Notare.**  
Dem preussischen Landtage werden bei seinem Zusammentreten  
die Entwürfe eines preussischen Gerichtskosten-Gesezes und einer  
Gebührenordnung für Notare vorgelegt werden. Die Köller'sche  
Korrespondenz meldet darüber: „Der erste Entwurf  
bezweckt eine erschöpfende Neuregelung der Gerichtskosten in  
Sachen der nicht streitigen Gerichtsbarkeit und enthält  
außerdem Bestimmungen zur Ergänzung und Ausführung der  
reichsgesetzlichen Vorschriften über die Kosten in Sachen der streitigen  
Gerichtsbarkeit, so daß er sich als eine Kodifikation des gesamten  
Gerichtskostenwesens darstellt, soweit dasselbe der Landesgesetzgebung  
unterliegt. Eine Neuordnung des Kostenwesens ist dringendes  
Bedürfnis, weil die bestehende Gesezgebung der Einheitlichkeit  
und Uebersichtlichkeit entbehrt und die geltenden Gebührensätze  
in mannigfacher Hinsicht Anlaß zu Klagen gegeben haben. Der  
Entwurf setzt an die Stelle einer großen Zahl von Gesezen,  
deren gegenseitiges Verhältniß nicht immer klar ist, und deren  
Geltungsbereich bald die ganze Monarchie, bald nur Theile  
derselben umfaßt, ein einheitliches, für alle Landestheile geltendes  
Gesez, wodurch eine leichtere Handhabung der Kostenbestimmungen  
und eine sehr erwünschte Vereinfachung des Rechtszustandes  
erzielt wird.“

Bei der Bestimmung der Gebührensätze konnte eine Ver-  
minderung des Gesamtvertrages an Gerichts-  
gebühren mit Rücksicht auf die gegenwärtige Finanzlage  
nicht in Aussicht genommen werden, da die Aus-  
gaben der Justizverwaltung die Einnahmen sehr erheblich über-  
steigen. Der Entwurf erstrebt aber eine gerechtere Vertheilung  
des Gebührentrages auf die einzelnen Geschäfte des Gerichts,  
indem er Geschäfte, für welche bisher zu hohe Gebühren zu zahlen  
waren, entlastet und zur Deckung des Ausfalls bei anderen Ge-  
schäften eine Erhöhung bisher zu niedrig bemessener Gebühren  
vornimmt. Das Verhältniß, in welchem Geschäfte über kleine  
und große Werthe zur Aufbringung des Gesamtaufkommens an  
Gerichtskosten beizutragen haben, ist zu gunsten der kleinen  
Werthe verschoben. Eine solche Verchiebung tritt namentlich  
bei den Gebühren in Grundbuch- und Vormundschafssachen ein.

Die Gebührenordnung für Notare führt den bisher im  
größten Theile der Monarchie geltenden Grundsatz, daß die Ge-  
bühren der Gerichte und Notare gleich hoch sein sollen, für den  
ganzen Umfang des Staates und namentlich auch für das Gebiet  
des Rheinischen Rechts ein. Den Gebührensätzen für gerichtliche  
oder notarielle Beurkundungen sind die Bestimmungen des Tarifs  
vom 10. Mai 1851 zu grunde gelegt; es sind jedoch einerseits  
die Gebühren für mittlere und hohe Werthe erhöht, andererseits  
die Gebühren für Geschäfte über kleine Werthe (bis zu 500 M.)  
ermäßigt worden.“

Die **wirtschaftliche Vereinigung des Reichstages**  
hatte eine Kommission zur Verathung des Antrags Kanig  
eingesezt. Dieselbe hatte ihre Sitzungen nicht beginnen  
können. Ueber die Gründe giebt die folgende Mittheilung  
Auskunft:

Wie vor längerer Zeit mitgetheilt, war zwischen der  
wirtschaftlichen Vereinigung und der Regierung die Abord-  
nung eines Regierungskommissars zu den Sitzungen der  
Kommission der wirtschaftlichen Vereinigung in Er-  
wägung gezogen worden. Der Reichsanwalt hat  
nun nach der „National-Zeitung“ auf eine diesbezügliche  
Vorstellung zunächst abgelehnt, einen Kommissar an  
den Verhandlungen theilnehmen zu lassen. Die Frage sollte erst im  
preussischen Staatsministerium geprüft werden; die entsprechende  
Schritte sind bereits auf sein Benehmen mit dem preussischen  
Sanwirtschaftsminister eingeleitet. In wenigen Tagen wird die  
Antwort erwartet.

Als Pfoster hierfür soll nun Graf Kanig, der  
energischste Vertreter der agrarischen Opposition unter  
Caprivi, in den preussischen Staatsrath berufen werden. —

Ein **der renommirtesten“ Organe für „Re-**  
**ligion, Ordnung und Sitte“** hatte vor einigen  
Tagen (in seiner Nummer vom 10. d., abends) die Stirn  
folgendes zu schreiben:

Gewiß soll die bürgerliche Gesellschaft über sich wachen und  
in dem Sinne, im ganzen und im einzelnen, an sich reformiren,  
daß sie nur gute Beispiele giebt. Es ist das eine der ersten  
und bedeutsamsten Aufgaben der Gegenwart. Aber wenn ein  
Sozialdemokrat ihr als Jenor gegenübertritt, so ist nur  
ein Urtheil und eine Antwort am Platze: Das ist die letzte Seite,  
von der wir Veranlassung haben Rügen hinzunehmen. Es ist,  
um es deutsch herauszusagen, Schwindel und nichts anderes, wenn  
ein sozialdemokratischer Führer sich auf den Richterstuhl setzt, um

Schw einig geschlossen wären. Elise besaß vielmehr eine ganze  
Menge hochadliger Gönner (alles nothleidende Agrarier und  
Stützen von Thron und Altar), die ihr die Mittel gewährten;  
Graf Schweinitz scheint von der ganzen Gesellschaft sogar noch  
der ungeschickteste und ehrlichste gewesen zu sein.

Es war es denn sehr angebracht, daß im Reichstag darauf  
hingewiesen wurde, von welcher Seite recht eigentlich die An-  
griffe auf Ebe, Familie und Sittlichkeit erfolgen.

Welchen Reumundes sich abrigend unsere Edelften und Besten  
im Volke erfreuen, das zeigen die folgenden Ausführungen, aus  
denen zu ersehen ist, in welcher Weise sich die Volkspantaste  
die Ermordung der Elise Groß zurechnet. Uns wird nämlich  
geschrieben:

„Alle die Herren, die um der schönen Augen der „Goldelse“  
wilden ihr schönes Gold auf dem Altar der Liebe opferten, haben  
Angeldrige und Erben. Welchen Haß mußten aber diese  
Erben gegen die gute Elise hegen! Es war wohl keine  
Kleinigkeit für sie, zusehen zu müssen, wie das Vermögen,  
das ihnen künftig das Dasein zum Himmelreich machen  
sollte, durch ein wildfremdes Frauenzimmer vergeudet wurde. Die  
Goldelse trug ein Kind unter dem Herzen, und sie erzählte täg-  
lich, daß dieses Kind sehr glücklich sein werde, da ihm schon  
große Summen testamentarisch vermacht worden seien. Mühte  
ein solches Gerede die Erben der liebebedürftigen Verschwendin  
nicht für ihr künftiges irdisches Peil eritterten lassen? — Auch  
sollen ja die Umstände darauf hinweisen, daß hier kein Raubmord  
vorliegt, sondern daß der Mörder nur den Glauben habe  
erwecken wollen, als habe er seine That aus Raubgier be-  
gangen. Er hat aus einem Kasten eine Anzahl Pretiosen und  
Goldfachen mitgenommen; die werthvollsten Schmuckstücke aber,  
die frei in den Zimmern umherlagen, ließ er zurück.  
Der Mörder hätte, um glaubhaft zu machen, daß er  
ein gewöhnlicher Raubmörder sei, schon etwas Berghaster in  
die Reichthümer hinein greifen müssen. Es kommt hinzu, daß  
jener gebetnische Wast, von dem angenommen wird, daß er  
den Mord begangen habe, seiner Kleidung nach ein vor-  
nehmer Herr war.“

Das Märchenhafte um diesen Mord wird natürlich noch  
dadurch erhöht, daß es der Polizei durchaus nicht gelingt, den  
Mörder auf die Spur zu kommen.

über die Sittlichkeit der bürgerlichen Gesellschaft abzuurteilen. Berechnen ihn vielleicht Theorie und Praxis der eigenen Partei dazu, aber verfolgt er etwa den Zweck, mit solchen Strafpredigten die Sittlichkeit der angegriffenen Bevölkerungsschichten zu heben? Jedermann weiß, daß es ihm nur darum zu thun ist, die bürgerliche Gesellschaft herabzusetzen und die Masse gegen sie aufzuwühlen, daß der Zustand der Dinge aber, der durch solche Andemonstrationen und Karrikaturenzeichnungen herbeigeführt werden soll, nichts weniger als einen Fortschritt der Sittlichkeit repräsentieren würde. Man sollte sich doch hüten, dieser Taktik ins Garn zu gehen, dem Dünkel der Sozialdemokratie durch lächerliche bewundernde Ausflüsse noch Stärkungen zuzuführen und Anerkennungen auszusprechen, wo nicht ein Mehr- oder Mindermaß von kritischem Ernst der Kritik, sondern lediglich die Fertigkeit, zu dupieren, zur Beurteilung steht.

Das Blatt, welches der Sozialdemokratie aus „Sittlichkeit“ Gründen das Recht abspriecht, der bürgerlichen Gesellschaft den Spiegel der Wahrheit vorzuhalten, ist dieselbe „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, der die „Vossische Zeitung“ in dem Fall des famosen Benediktischen Briefes den Vorwurf der Fälschung ins Gesicht schleuderte, und die, in die Enge getrieben, eingegeben mußte, daß sie — die Redaktion — in diesem Brief mindestens eine arge Fälschung verübt hat.

Wenn hier, gegen den sich die nichtswürdige Notiz der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ hauptsächlich richtet, in seiner Rede gefällig hätte, würde die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ ihm vermutlich die zur Kritik der bürgerlichen Gesellschaft notwendige „Sittlichkeit“ zuerkennen haben.

Da haben wir ein Prachtexemplar unserer Feinde wie sie sind! Der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ aber, die in den vordersten Reihen der Kreuzritter gegen den Umsturz kämpft, rufen wir, an ihre Spitze das Motto zu setzen: „Für Religion, Ordnung und Sitte“ durch Fälschung!

Audere gleich ehrenwerthe Kreuzritter könnten das Wort Fälschung, den Verhältnissen nach, variieren — etwa so: — durch Raub, durch Diebstahl, durch Ehebruch, durch Schienenschleierei, durch Steuerhinterziehung u. s. w. —

**Recht nette Grundsätze in der Werthschätzung der gemerblichen im Gegensatz zur landwirtschaftlichen Arbeit hat der Herr Oberstlieutenant von Petersdorff in Gera.** In dieser Stadt tagte am 11. d. M. eine Generalversammlung des Reichlichen Bauernbundes, und bei dieser Gelegenheit machte der erwähnte Herr von Petersdorff, nach einer reichlichen Zeitung, die folgenden recht wunderbaren Mittheilungen:

Der Landwirtschaft habe ich immer wohl gewollt. Bei den letzten Kaisermandaten im Jahre 1890 habe ich als Bezirkskommandeur es bewiesen. Da hatte ich 1200 Mann aus dem Weurlaubtenstande zu stellen. Die in der Aekonomie und Landwirtschaft beschäftigten Leute habe ich nach Möglichkeit von der Uebung dispensirt, dafür Arbeiter und Handwerker eingesetzt, denn ein Arbeiter bringt eine solche Uebung höchstens vierzehn Tage in seinen Erwerbsverhältnissen zurück, während den Landwirthen ein Rückgang der Wirtschaft auf Jahre hinaus entstehen kann.

Wenn der Herr dies wirklich in der obigen Form gesagt und wirklich diese Praxis befolgt hat, dann schiene uns dies denn doch eine Bevorzugung des landwirtschaftlichen treibenden Theils der Bevölkerung zu sein, wie sie mit irgend welchen uns bekannten Gesetzen nicht zu begründen sein und wie sie in den Staat der „vollen Rechtsgleichheit“ recht schlecht hineinpassen würde. —

**Ein Nothschrei vom Lande.** Aus Hessen schreibt man uns: In der zweiten heftigen Kammer steht gegenwärtig der Bau von Nebenbahnen zur Debatte und werden dafür 81 Millionen verlangt. Die Kirchthumsinteressen spielen dabei die Hauptrolle und jeder Abgeordnete tritt für „seinen Kreis“ ein. Auch ein besonderes Eisenbahnkomitee hat sich gebildet für die Strecke Waldmichelbach im hessischen Odenwald und führt bei seiner Begründung an, der Odenwald entvölkere sich immer mehr, ein großer Theil der Männer gehe nach auswärts arbeitslos, komme wöchentlich zur Familie zurück und bringe die Pest des Sozialismus mit in diese friedliche Gegend, und leider müsse es gesagt werden, daß auch im Odenwald der Sozialismus an Boden gewinne. In der Debatte über diese Nebenbahn stellte sich unser Genosse, der Abgeordnete Ost, selbst als ein Produkt dieser „Pest“ dar und erklärte namens der sozialdemokratischen Abgeordneten, für die Position stimmen zu wollen, schon aus dem einfachen Grunde, weil mit dem Bau der Bahn die sozialdemokratische Agitation erleichtert werde.

Am auf den Nothschrei zurückzukommen, so sei, ganz abgesehen davon, daß dieser „Nothschrei“ gewöhnlich im Gegensatz zu dem Wohlstand bei der Industriebevölkerung ausgespielt wird, bemerkt, daß doch der Nothschrei in gewissen Gegenden sozusagen himmelschreiend ist. Die Noth der „friedlichen“ Landproletarier besteht in der That während eines großen Theils des Jahres nur aus Kartoffeln mit Salz, bei vielen mangelt sogar manchmal das Brot. In diesen Gegenden herrscht der Nothschrei dauernd. Vor einigen Jahren hat die landwirtschaftliche Enquete-Kommission ihr Urtheil dahin abgegeben, daß „8 pCt. der Bevölkerung aus Nebenverdienst angewiesen sei und auch für diesen schwinde allmählich die Basis der Existenzfähigkeit, so daß die Auswanderung in noch umfangreichem Maßstabe um sich greifen werde.“ Die Hypothekenschulden, sagt die Kommission weiter, „nehmen fortgesetzt zu, da Handwerker und Händler ihre Forderungen durch Einträge in das Hypothekenbuch zu decken suchen.“

Die Bevölkerung einer solchen Gegend, die gewiß für den Sozialismus reif ist, glauben die herrschenden Klassen vor dem Sozialismus durch Palliativmittel bewahren zu können. Die bürgerlichen Klassen sind ganz außer Hande, wirksame Verbesserungen einzuführen, da solche doch nur durch eine radikale Beseitigung der heutigen Eigentumsverhältnisse möglich ist. Jeder Kilometer Bahn, der gebaut wird, bringt immer mehr diese „friedlichen“ Bewohner mit den aufgeregten Bewohnern der Städte und Industriebezirke zusammen, und so ist sicher, daß das Werk der Ausflüchtung gefördert wird. Wenn in dieser Gegend mit Energie und mit einem leichtverfügblichen Agrarprogramm gearbeitet wird, kann der Erfolg nicht ausbleiben. Doch der Sozialismus nicht möglich hat, etwas zu verschleiern, liegt auf der Hand, denn die Kleinbauern besitzen heute schon nichts mehr und machen gar kein Geßl daraus, daß die Scholle, auf der sie sitzen, Noth und Entbehrung bedeutet. —

**Der istranische Landtag** ist vom österreichischen Ministerium wegen Demonstrationen für die italienische Verhandlungssprache aufgelöst worden. —

**Aufhebung des Briefgeheimnisses in Ungarn.** Der Wiener „Arbeiter Zeitung“ wird aus Budapest geschrieben: Unter dem Vorwande, daß die Entziehung des Postrechts in Ungarn dadurch umgangen wird, daß die von dieser Maßregel betroffenen Zeitungen nimmere unter Kouvert an die Abonnenten verpackt werden, hat der ungarische Handelsminister Lufacs einen Erlaß an die Postbehörden gerichtet, der nichts Geringeres als die gänzliche Aufhebung des Briefgeheimnisses bedeutet. Der offiziöse „Pester Lloyd“ erklärt freimüthig, die Maßregel gelte jenen

Drucksachen, die „zur Auswanderung aufreizen und gegen den Staat gehen.“

Gläubt der Herr Handelsminister im Ernst daran, daß es Drucksachen sind, die die expropriirten Bauern im Allönd und die ökonomisch und politisch geknechteten nichtmagyarischen Nationalitäten, als: Rumänen, Slowaken, Serben etc., zur Auswanderung zwingen? Als ob gegen den „Druck“ der kapitalistischen Klassenherrschaft reaktionäre Erlässe und Ausnahmemaßregeln jemals gehoben hätten! Sie werden genau das Gegenteil von dem erzeugen, was der Minister angeblich beabsichtigt: Sie werden am ärgsten gegen den ungarischen Staat gehen!

**Nachstehend der Wortlaut des Erlasses:**

„Wenn in einem Postamt ein gewöhnlicher oder rekommandirter Brief anlangt, bezüglich dessen nach dem Aufgabebort, nach der Form des Briefes, nach den Verhältnissen des Adressaten oder aus anderen Umständen gefolgert werden kann, daß er einen durch Entziehung des Postrechts betroffenen Gegenstand enthalte, hat das bezügliche Postamt unter vorläufiger Zurückhaltung des Briefes den Stadthauptmann, Stuhlrichter oder Gemeindevorsteher hiervon zu verständigen und ihn sogleich aufzufordern, noch an demselben oder spätestens am folgenden Tage zu einer festgesetzten Stunde im Postamt zu erscheinen oder einen Vertreter dahin zu entsenden, damit der Brief in seiner Gegenwart zugestellt werden könne. — Für dieselbe Zeit ist auch der Adressat mit der Bemerkung vorzuladen, daß, falls er nicht erscheint oder keinen Vertreter entsenden sollte, der Brief als nicht bestellbar an den Aufgabebort zurückgeschickt werden.“

— Das Postamt bringt dem erschienenen Adressaten dann zur Kenntniß, weshalb der Brief in Gegenwart eines behördlichen Organes ihm zugestellt wird, und fragt ihn, ob er den Brief annehmen wolle. — Sollte er den Brief nicht annehmen, so ist dieser als unbestellbar zurückzusenden. Erklärt aber der Adressat, den Brief annehmen zu wollen, so hat er eine auch von dem behördlichen Organ und dem Postbeamten zu unterzeichnende Vollmacht auszustellen, in welcher er das Postamt ermächtigt, den Brief behufs Eröffnung dem behördlichen Organ zu übergeben. — Sodann übergibt der Postbeamte den Brief dem behördlichen Organ, welches dann im Sinne der bestehenden Normen vorgeht. — Wenn der Adressat zur festgesetzten Stunde nicht erscheint oder sich weigert, die Vollmacht zu unterschreiben, so wird der Brief als rekurirt nach dem Aufgabebort zurückgeschickt. — Sollte aber seitens der Behörde zur festgesetzten Stunde niemand erscheinen, so wird der Brief unverzüglich dem Adressaten ausgefolgt, doch ist das Versäumniß des behördlichen Organes dessen Oberbehörde zur Kenntniß zu bringen.“

Der Handelsminister macht den Postämtern zur besonderen Pflicht, bei diesem Verfahren möglichen Zelt zu bekunden und es nur auf solche Briefe anzuwenden, bezüglich deren der erwähnte Verdacht begründet erscheint. Mit den Nationalitäten fängt man an und bei den Sozialdemokraten hört man auf. — Wie man sieht, haben die Puttkamer'schen Praktiken Schule gemacht. —

**Der Sturz des Kabinetts Dupuy** ist plötzlich erfolgt, aber nicht unerwartet. Der Sieg des Radikalen Brissou bei den Kammerpräsidentenwahlen im Dezember und Januar war schon ein deutliches memento mori. Und Herr Dupuy, der ja an's Fallen gewöhnt ist, hat es wenigstens so eingerichtet, daß er im Dienste des Großkapitals sei. Er ist im wahren Sinne des Wortes zwar nicht auf dem Felde der Ehre, aber über und auf einem Geldsack gefallen. Den Anlaß bot die Zinsengarantie zweier der großen französischen Bahngesellschaften: der Orleans- und der Südbahn. Der Verkehrsminister Barthe hatte im Juni vorigen Jahres der Kammer mitgetheilt, die Zinsgarantie reiche bis zum Jahre 1914. Hiergegen riefen die fraglichen Gesellschaften die Entscheidung des Staatsrathes an, und dieser, den Kapitalisten hold, entschied, daß die Zinsgarantie sich bis zum Jahre 1900 erstrecke, was ungefähr eine Milliarde, die Frankreich mehr zu zahlen hat, bedeutet. Dupuy, als Handlanger der Großbourgeoisie, billigte den Entscheid des Staatsrathes, während die Majorität der Kammer dagegen ist, daß die Zinsgarantie so lange dauere. Er bestand auf einer Tagesordnung, welche indirekt die Billigung des Staatsrathesbeschlusses enthielt — und diese Tagesordnung blieb in der Minderheit. So mußte der dicke Dupuy denn gehen — der Dank der Großbourgeoisie begleitet ihn und wird für Belohnung sorgen.

Als Nachfolger scheint Bourgeois, der trotz seines Namens doch kein so großer Bourgeois ist wie Dupuy, die meisten Aussichten zu haben. Ein festes Kabinet zu bilden wird aber außerordentlich schwer sein; oder richtiger: es ist gar nicht mehr möglich, weil der Kapitalismus alle Stützen des bürgerlichen Staats so erfolgreich unterwühlt hat, daß kein dauerhafter Bau mehr darauf zu errichten ist. Und der Sozialismus ist noch nicht so weit, seinen Staat gründen zu können.

Indem wir die Leser bezüglich des Verlaufs der Krise auf die Depeschen in unserer letzten Nummer verweisen, lassen wir hier folgende neuere Depeschen folgen:

Paris, 15. Januar. Die Interpellation des Sozialisten Millerand über die Eisenbahn-Konventionen des ehemaligen Ministers Rognal führte gestern in der Kammer zu erregten Szenen, die zunächst damit endeten, daß ein Antrag, den genannten Minister (jetzigen Deputirten) in Anklagezustand zu versetzen, im Einverständnis mit Rognal selbst und dem Ministerpräsidenten Dupuy angenommen wurde. Die Kammer brachte jedoch sodann einige Tagesordnungen ein, unter denen die über die Achtung vor dem Prinzip der Trennung der Gewalten den Beifall Dupuy's fand, der für diese Tagesordnung die Priorität forderte. Diese Priorität wurde jedoch abgelehnt, worauf das Kabinet seine Demission einreichte, die Präsident Verier vorläufig angenommen hat.

Paris, 15. Januar. Sämmtliche heutigen Morgenblätter besprechen die ausgebrochene Ministerkrise. Das Sozialistenblatt „Petite République“ sagt, Dupuy habe seit acht Monaten von Zweideutigkeiten gelebt, woran auch das Kabinet gekorben sei. Dupuy habe sich der Reihe nach alle Parteien zu Feinden gemacht. — „Kappel“ konstatiert die Thatsache, daß die gestrige Mehrheit aus Sozialisten, Radikalen und 60 Republikanern bestanden habe. Letztere seien einem Konzentrationsministerium günstig gestimmt. — Clemenceau schreibt in seiner „Justice“: „Es ist die Regierung der Kalkülanten, welche unterliegt. Der wirklich Besiegte ist der „neue Geist“ Spuller's. Wenn ein neues Kabinet der Kammer ein Programm von dringenden Reformen vorlegen wird, darf es auf eine große Mehrheit rechnen.“

**Der französische Abgeordnete Dejeant** ist wegen Aufregung des Militärs zum 4. Februar vor die Riffen der Seine geladen. —

**Die belgische Sozialdemokratie und die Einverleibung des Kongostaates.** Eine zahlreich besuchte Sozialistenversammlung protestirte am 13. Juni gegen die sofortige Uebernahme des Kongostaates durch Belgien. Der „Belg. Volks-Zig.“ wird hierzu aus Brüssel geschrieben: Daß dieser Protest kein grundsätzlicher und jeglicher Kolonialpolitik feindlicher war, ist das Werk Wanderveldes; derselbe will eben nicht die Annexion des Kongos überhaupt belämpfen, sondern nur für den Augenblick in der sofortigen Uebernahme eine Gefahr für die Finanzen

Belgiens erblicken. Diese Uebernahme im jetzigen Momente werde gewaltige Summen für die innere Organisation des Kongostaates erfordern, die bei einer späteren Uebernahme nicht mehr notwendig wären. Ohne die Einrichtung eines kostspieligen Kolonialministeriums, Vermehrung des Heeres, Schaffung einer Kriegsflotte gehe die Sache ohnehin nicht ab. Dazu aber sei Belgien jetzt nicht in der Lage. —

**Die deutsche Umsturzvorlage macht in Belgien Schule.** Aus Brüssel wird telegraphirt:

Im Anschlusse an das gestern von dem hiesigen Schwurgerichte gefällte, freisprechende Urtheil gegen fünf Redakteure beziehungsweise Mitarbeiter des Sozialistenblattes „La Caserne“, welche der Aufreizung gegen die Militärgehalte beschuldigt waren, meldet eine hiesige Zeitung, die Regierung werde in kurzem ein Gesetz gegen die sozialistischen Aufreizungen in der Armee, auch wenn dieselben nicht von Erfolg begleitet sind, einbringen. —

**Niederländische Volkspartei.** Unser holländischer Korrespondent schreibt:

Was bei den jetzigen Parteiverhältnissen in Holland zu erwarten und zu besorgen war, fängt an wahr zu werden, nämlich daß die Sozialisten aufhören, ein treibender Faktor in der holländischen Politik zu sein. Unlängst erschien ein Zirkular des Vorstandes des Bundes für das allgemeine Wahlrecht, in welchem alle Vereine, welche auf demokratischem Standpunkt stehen, eingeladen werden, an der Stiftung einer „Niederländischen Volkspartei“ mitzuwirken, welche sich in erster Stelle bemühen wird, das allgemeine Wahlrecht zu erobern.

Zu diesem Zwecke ist eine Versammlung für den 27. Januar nach Amsterdam einberufen worden.

Dr. Vitus Bruinsma, ein bekannter gemäßigter Sozialdemokrat, ist der erste Unterzeichner.

Bei den hiesigen Verhältnissen glauben wir, daß es am besten wäre, wenn alle demokratischen, also auch die sozialdemokratischen Kräfte, sich dieser Volkspartei zeitlich anschließen, da die baldige Eroberung des allgemeinen Wahlrechts doch der vornehmste Schritt ist auf dem Wege einer gesunden politischen Entwicklung.

Unsere holländischen Genossen müssen am besten wissen, ob sie sich dieser Bewegung angeschlossen haben. Wir würden in Deutschland eine solche Taktik für unmöglich halten, aber damit ist nicht gesagt, daß sie nicht unter gänzlich anderen Verhältnissen vielleicht doch in Erwägung zu ziehen ist. —

**Ein sozialistischer Wahlsieg in England.** Man schreibt uns aus London:

Bei den Schulathswahlen in Blackburn in Lancashire wurde Genosse Hurley mit 17468 Stimmen gewählt. —

**Die Situation in Italien** wird in dem folgenden, einige Tage vor der Wahl Garibaldi Bosco's geschriebenen Briefe beleuchtet:

Nicht dem Namen des Märtyrers der sozialistischen Idee, de Felice, ist dem Herzen der italienischen Arbeiter, vor allem Siziliens und des ganzen Südens, kein Name theurer als der von Garibaldi Bosco, der für 12 Jahre eingekerkert im Zuchthause von San Germaniano (Provinz Toscana) schmachtet. Auch die deutschen Arbeiter kennen sein herrliches Wirken, seine ganze Persönlichkeit aus dem bei Diez erschienenen Buche von Hoff: Die Bewegung in Sizilien; das ganze erste Kapitel handelt von Bosco. — Vor drei Tagen nun, am 6. Januar, fanden die Provinzialraths- und Wahlen in Palermo statt. Die Presseartikel in Rom hatten aufposaunt, bei den bevorstehenden allgemeinen Parlamentswahlen werde Crispi sich nicht nur — wie Ihnen mitgetheilt — in allen Wahlkomiteen von Neapel, sondern auch in denen von Palermo aufstellen lassen und sicher durchbringen. Man kann sich daher das Entsetzen der ganzen Bande in Rom vorstellen, als am 6. Januar von Palermo die Nachricht herüberblitzte, der gemäßigte Kandidat, ein Anhänger Gladstons sei nicht gewählt, sondern es sei mit fast gleicher Stimmenzahl mit ihm in die Stichwahl gekommen: Garibaldi Bosco aus dem Zuchthause von San Germaniano. Eine unbeschreibliche Erregung bemächtigte sich des Volkes von Palermo bei dieser Nachricht, die wie ein Lauffeuer in die Vorstädte sich verbreitete, dort wo viele tausende von Schwefelarbeitern wohnen. Im Nu sammelten sich dicke Massen in den Straßen vor dem Wahllokal und unaufhörlich erschollen die Rufe: Evviva Garibaldi Bosco! Evviva i Fasci! Nieder mit Crispi! Hoch der Sozialismus! — Nur wenige ausgesprochene Sozialisten sahen im Wahlkolleg, aber so überwältigend ist die Stimme des Volksgewissens gegen die Schandthaten der heftigen Bourbonen in Rom, daß, als eine vereinzelt Stimme bei der Wahl auf den Namen Crispi fiel, sofort mitten im Wahllokal die durchdringenden Rufe sich erhoben: Abbasso Crispi! In galera! Alla galera! Nieder mit Crispi! Auf die Galeere mit ihm, auf die Galeere! Hunderttausende fühlten heute in Italien: Wenn es eine Gerechtigkeit auf Erden, wenn es eine Remesse der Weltgeschichte giebt, so muß dieser Volksthum: „Auf die Galeere!“ zur Wahrheit werden. — Eine dicke Schaar Arbeiter jog vor das ärmliche Haus, wo die Mutter Bosco's, seine junge Frau und sein Knabe wohnen — sie werden, da Bosco ganz arm ist, durch sozialistische Bruderkiebe unterhalten — und brachte ihnen eine stürmische Ovation dar.

Die von dem — gleichfalls im Kerker schmachtenden — Dr. Barbato begründete sozialistische Wochenschrift „Unione“ in Catania (siehe das Hoff'sche Buch), die nach der Aufhebung des Belagerungszustandes wieder erschien, führt gegen die von Crispi für Catania ausgesuchten Polizeischergen — dort ist nämlich De Felice gewählt — einen Verzweiflungskampf um die Existenz der ergeifend ist. Häufigmal hinter einander ist das Blatt mit Beschlagnahme belegt worden. Am letzten Sonntage erschienen drei Ausgaben mit immer weniger Zeit und alle drei fielen dem Wahnsinn der Reaktion zum Opfer. Heute endlich, nach 8 Wochen kann eine Nummer der „Unione“ ihre Quarterqualen erzählen. — Sie bringt auch Nachrichten von De Felice aus dem Zuchthause von Volterra. Ein Freund aus Volterra schreibt: Bei der fürchterlichen Kälte, die auch in ganz Mittel- und Süditalien eingetreten ist, leidet De Felice in seiner unbehaglichen Zelle sehr. Seine Mutter und Tochter hatten ihm warme Unterleider besorgt und an die Direktion geschickt; aber der Gefängnisdirektor schrieb ihnen zurück, derartige sei im Reglement nicht vorgesehen; er müsse erst diesbezüglich — man denke! — an Crispi in Rom schreiben, ob der diese Erleichterung (!) gestatte. — Die „Unione“ schreibt zu dem Briefe: Wir fügen kein Wort hinzu. Die Thatsachen reden, sie schreiben! Es kommt ein Tag! —

Die Crispi solche Erleichterungsbriefe beantwortet, daß leidet und dieselbe Nummer der „Unione“, die in ihrem ganzen Inhalt ein historisches Denkmal der Schande Italiens ist. Die Richter-Kommission für den Zwangswohnort in Bologna hatte ein menschliches Mähren gefühlt und 12 wegen Beteiligungen an sozialistischen Vereinigungen Angeklagte freigesprochen. Die „Unione“ ist nun in den Stand gesetzt, den Brief im Wortlaut zu veröffentlichen — sie bringt ihn mitten auf der Frontseite in verzierter Rahmen — den Crispi darauf unmittelbar an die richterliche Behörde in Bologna schrieb. Er lautet:

Rom, 8. Dezember 1895.

Infolge des Berichtes des Ministers der Justiz über die Urtheilsgründe, welche die richterliche Kommission in Bologna für die Ausnahmegehalte zum Zwangswohnort anwob, habe ich dem Siegelbewahrer geschrieben, daß er die beiden richterlichen Beamten, welche diese Kommission bilden, zu einem mehr korrekten Votrage aufrufen (richiami a più corretta condotta).

Auch kann ich nicht umhin, mein großes Mißfallen dem obersten Rath der Präfektur von Bologna auszudrücken. Er durch sein Amt dazu bestimmt, die öffentliche Sicherheit in der Provinz wahrzunehmen und die vorgeschlagenen Maßregeln anzuwenden, mußte im Schooße der Kommission energisch darauf dringen, daß die Denunziation aufrecht erhalten wurde. Da er das nicht gethan hat und sich dem Verhalten der Richter angeschlossen, statt die Verurtheilung durchzusehen, hat er seine Pflicht verrathen.

gez. Crispi.

Die beiden Richter wurden gleich hierauf weit in den Süden versetzt und der Präfekturath mußte abtreten.

Dieses kostbare Altenschild spricht Wände; es zeichnet Crispi auf der Höhe seines Wirkens, es offenbart, wie ein der gemeinsten, niedersten Verbrecher überführter Mensch als ein Verbrecher die Justiz handhabt, als ein Verbrecher ein Land von 80 Millionen Menschen regiert.

Der „Vorwärts“ hat schon darauf hingewiesen, daß König Umberto Crispi nicht entlassen darf, weil er selbst bis an den Hals an der Bankwirtschaft Crispi, Tanlongo mitbetheiligt ist. Heute beginnen die Spanen auf den Dächern davon zu pfeifen. Sowohl nicht veröffentlichte Dokumente Giolitti's wie Cavallotti's, auch literale Größen wissen darüber zu erzählen.

Der sozialistische Abgeordnete Prof. Curcio Ferri, der, wie man sich erinnern dürfte, vor einiger Zeit von Crispi gemohregelt und seiner Stellung an der Universität Pisa entbunden wurde, hat am 11. d. M. seine Vorlesungen an der Universität Rom eröffnet. Etwa 500 Studenten hatten sich im Universitätsgebäude eingefunden, um ihn zu begrüßen und auf diese Weise gegen das Votum des akademischen Rathes von Pisa zu protestiren, der ihn aus politischen Gründen von jener Hochschule ausschloß. Ferri hielt eine glänzende Antrittsrede und spielte auch auf die politischen Verhältnisse an, wobei er manche lausliche Bemerkung über Crispi machte. Die Studenten, die den Saal dicht besetzt hatten, unterbrachen die Vorlesung oft durch härmischen Jubel, und als Ferri den Hörsaal verließ, schrien der Weisheit kein Ende nehmen zu wollen. Die Studenten begleiteten ihren verehrten Professor bis zum Universitätsplatze, ununterbrochen Beifall klatschend; dann erinnerten sie sich plötzlich, daß die offiziellen Blätter sich geweigert hatten, die Anklage der Ferri'schen Vorlesungen zu inseriren, und beschloßen, diesen Blättern eine Kassenmusik zu bringen. Sie begaben sich daher zu dem Redaktionsgebäude der „Tribuna“ und der „Giornale“ und schrien unter Pfeifen und Fischen: „Nieder mit Crispi! Nieder mit der verkauften Presse!“ Auf der Bitterstraße wurden sie von Polizisten eingeholt, welche einige Verhaftungen vornahmen. Die Studenten protestirten gegen die Verhaftungen und gingen zum Rektor, um sich bei ihm wegen der Uebergriffe der Polizei zu beschweren. Der Rektor begab sich sofort zur Quästur und erwirkte die Freilassung der festgenommenen Studenten.

Die Verurteilung des sozialistischen Abgeordneten Brampolini gegen das Urtheil des Appellhofes in Modena wird noch in diesem Monat vor der zweiten Strafsabtheilung des Kassationshofes zur Verhandlung kommen. Die Verhandlung wird eine besondere Wichtigkeit haben. Das Gericht entscheidet, daß man gegen einen Abgeordneten nicht vorgehen kann, wenn die Session geschlossen ist. Der Appellhof war entgegengesetzter Meinung. Jetzt soll der oberste Gerichtshof die Streitfrage entscheiden. Die oberste Gerichtsbehörde Italiens wird in diesem Falle zum ersten Male durch ein Urtheil den Artikel 45 der Verfassung (über die parlamentarischen Vorrechte) zu interpretiren haben.

Rusland, das die römischen Katholiken bisher stets verfolgt hat, scheint jetzt eine andere Politik nach dieser Richtung einschlagen zu wollen. Aus Petersburg wird nämlich gemeldet, daß dem russischen Reichsrathe ein Gesetzentwurf, betreffend die Errichtung einer ständigen Gesandtschaft beim Vatikan vorgelegt worden ist.

Die Vereinigten Staaten und die internationalen Schiedsgerichte. Aus Washington wird telegraphirt:

Im Senate brachte Ederman eine Vorlage ein, nach welcher der Präsident in Gemäßheit der Resolution des Kongresses vom 3. April 1890 ermächtigt werden soll, durch die diplomatischen Agenten der Vereinigten Staaten Verhandlungen zu führen oder eine Kommission zu ernennen, welche an die fremden Regierungen entsandt werden soll, um Maßnahmen einzuleiten zur Errichtung eines internationalen Schiedsgerichtes oder zur Ergründung anderer Maßnahmen, durch welche Streitigkeiten zwischen den Völkern gütlich beigelegt und Krieg abgewendet werden soll.

An einem Erfolge dieses anerkanntwerthen Antrages zweifeln wir. Würde er angenommen, so fielen der Vorwand für die Erhaltung der stehenden Heere, und die sind nach der Meinung fabelkräftiger Kriegsminister heute zum Kampf gegen den „inneren Feind“ unentbehrlich.

Abrüstung in Südamerika. Aus Buenos Ayres, der Hauptstadt von Argentinien, wird gemeldet:

Brasilien, Argentinien und Chili unterhandelten unter den Auspicien der Vereinigten Staaten wegen Abrüstung.

Es scheint doch, daß die Wilden die besseren Menschen sind.

Die Frage der Amnezie hat in Argentinien zu einer Ministerkrisis geführt. Das Ministerium fordert dieselbe im Gegensaße zum Präsidenten der Republik.

## Parlamentarisches.

Den beiden Häusern des Landtages ist ein Gesetzentwurf betreffend die Entschädigung für Verluste durch Schweinekrankheiten, ferner die Nachrichten von der Verwaltung der preussischen Staatsbergwerke, Hütten und Salinen während des Etatsjahres 1893/94, zugegangen.

Das Handbuch für das preussische Herrenhaus, herausgegeben von dem Bureau-Direktor, Geheimen Regierungsrath Dr. Mehl, ist fobem in neuer Ausgabe für 1895 erschienen (Berlin, Verlag von Julius Sittenfeld). Außer dem Urkunden- und legislativen Material der früheren Wände: den Beschlüssen und Kundgebungen, der preussischen Verfassungsurkunde, dem Gesetz zc. betreffend die Bildung und Zusammensetzung des Herrenhauses, enthält der neue Band die auf Grund der Beschlüsse des Herrenhauses vom 15. Juni 1892 festgestellte neue Geschäftsordnung, sowie die Personalverzeichnisse der Mitglieder nach dem Stand am 15. Dezember 1894 in der Ordnung der Matrikel und in alphabetischer Folge. Auch wird eine Uebersicht des Gesamtverordnungsstandes seit der Konstituierung des Herrenhauses gegeben. Am Schluß ist die Reichsverfassung nebst dazu gehörigen Verträgen und Reichsgesetzen im Wortlaut mitgetheilt. Ein ausführliches, sorgfältig gearbeitetes alphabetisches Sachregister erleichtert die Benugung des Handbuchs.

## Parteinachrichten.

Gegen den „Umsturz“. Fünf Protestversammlungen fanden am letzten Sonnabend in Dresden statt. Sie waren sämtlich stark besucht und hatten bis auf einen glatten Verlauf. In dieser Versammlung hatte der Referent, Genosse Heine-Hamburg, eine geraume Zeit gesprochen, als ihm der überwachende Beamte das Wort entzog. Infolge der nun entstehenden Unruhe verfiel die Versammlung dem Schicksal der Auflösung. — Am gleichen Tage fand eine Versammlung in

Zwickau statt, in der Genosse M. Stolle unter großem Beifall referirte. Eine Resolution, die sich gegen die Annahme des Umsturzgesetzes ausspricht, wurde einstimmig angenommen.

Gewerbegerichts-Wahlen. Bei der am Sonntag, den 13. Januar, stattgehabten Wahl der Arbeiterbeisitzer für das neu errichtete Gewerbegericht Offenbach in Baden ging die sozialdemokratische Liste mit 204 Stimmen glatt durch. Die Gegner unterließen die Aufstellung einer Liste. — Am Montag brachte uns die Wahl der Arbeitgeber-Beisitzer einen sehr hübschen Achtungserfolg.

Eine Parteikonferenz des Kreises Grünberg-Freystadt (Schlesien), die am 6. d. M. in Grünberg stattfand, stellte als Reichstagskandidaten den Genossen Stolpe (Slogau auf. Beim nächsten Punkt, Presse, wurde ein Antrag angenommen, dahingehend, daß alle den Wahlkreis betreffenden Bekanntmachungen nur allein im „Proletarier aus dem Eulengebirge“ zu veröffentlichen sind und daß an den wenigen Orten, welche andere Blätter halten, unumgänglich der „Proletarier“ eingeführt wird, schon aus dem Grunde, weil bei Reichstagswahlen u. s. w. eine Bekanntmachung in mehreren Blättern kostspieliger und zeitraubender ist und nicht allen Lesern zu gleicher Zeit zu Gesicht kommt. Nachdem noch beschlossen wurde, bei eventuellen Wahlen in Grünberg das Hauptwahlbureau und in Neusalz a. O. ein Zweigbureau zu errichten, fand eine Resolution: „bei der nächsten Wahl mit allen Kräften für unsere Kandidaten einzutreten und die noch Indifferenten zur Theilnahme an der Wahl unseres Kandidaten aufzurütteln“ einstimmige Annahme.

Saalabtreiberi. In Berl (Weisfalen) sollte am vergangenen Sonntag eine Parteiversammlung stattfinden. Einige Stunden vor der für die Versammlung festgesetzten Zeit erklärte der Wirth, daß er sein Lokal nicht hergeben könne, da ihm Gendarm und Amtmann abgerathen hätte. Natürlich hat diese Fürsorge, welche die hohe Obrigkeit durch das Saalabtreiberi für die Sozialdemokraten an den Tag legte, außerordentlich gut unter den zahlreich zur Versammlung herbeigeeilten Arbeitern für uns agirt.

Der sozialdemokratische Verein zu Konstanz ist, wie aus dem Jahresbericht zu ersehen ist, in anerkanntwerther Weise thätig gewesen, die Ideen des Sozialismus zu verbreiten. Der Verein hielt im letzten Jahre 24 Mitglieder-, 6 öffentliche Versammlungen in und 10 öffentliche Versammlungen außerhalb Konstanz ab. Der Bericht des Kassiers war leider nicht so erfreulich, da derselbe mit einem bedeutenden Defizit abschloß. Theils mußte der Verein noch bedeutende Reichstags-Wahlschulden begleichen, dann gingen aber auch die Beiträge sehr mangelhaft ein. Von den 80 Mitgliedern, die im Buche stehen, ist noch eine große Anzahl mit 1—11 Monaten in den Beiträgen im Rückstande. Der Verein muß die Agitationskosten für den Wahlkreis ganz allein bestreiten; aus dem ganzen Wahlkreis erhält er so gut wie keine Beiträge.

## Polizeiliches, Gerichtliches zc.

Die Revision des Genossen Dupont, Redakteur der „Bildhauer-Zeitung“ in Berlin, und des Bildhauergehilfen Plating gegen das Urtheil der 2. Strafkammer des Landgerichts I in Berlin, lautend auf vier Wochen Gefängniß wegen Verleumdung von Streifbrochern, ist verworfen worden.

Wegen Verleumdung eines Bergwerks-Kassiers wurde der Genosse Scheds in Breslau am 14. d. Mts. zu 50 M. Geldstrafe verurtheilt. Mit dieser Auflage hat endlich das Strafgericht des Genossen Scheds aufgehört. Er hatte sich gegen acht Anklagen zu verteidigen; in einem Falle wurde er freigesprochen, für die anderen sieben Fälle Verleumdungen durch die Presse hat er insgesamt vierzehn Monate Gefängniß und 1750 M. Geldstrafe erhalten. Und da will man noch die Strafgesetze verschärfen!

Den Genossen von Neustadt (Oberschlesien) die Aufführung des Theaterstücks „Friede auf Erden“ und „Das Sozialistenlied“ polizeilich untersagt.

Der sozialdemokratische Volksverein zu Neuschied hatte am 19. August v. J. ein Fest für seine Mitglieder veranstaltet, zu dem auch Nichtmitglieder durch Mitglieder eingeführt worden waren. Der Staatsanwalt hatte zunächst Anklage wegen Betruges gestellt, weil das Fest ein öffentliches gewesen sei, jedoch daraus wurde nichts. Schließlich hatte sich der Vorsitzende des Vereins zu verantworten, weil das Fest nicht vorschriftsmäßig angemeldet und somit der örtlichen Armenabgabe entzogen worden sei. Der Ortsanwalt folgte daraus, daß das Fest ein öffentliches gewesen, weil ein Mitglied des Vereins einigen Bekannten Karten verabsolgt hätte, die nicht Mitglieder waren. Der Urtheilspruch lautete auf Freisprechung. In der Begründung wurde betont, daß mindestens nicht nachgewiesen sei, daß das Fest einen öffentlichen Charakter getragen, vielmehr sei durch die Zeugen bis zur Gewißheit nachgewiesen, daß es durch ein Mitglied des Vereins eingeleitet worden. Ausdrücklich wurde festgestellt, daß auch dann, wenn einzelne Mitglieder sich von den Mitführenden eine gewisse Summe zahlen ließen, noch lange nicht gefolgert werden könne, daß das Fest ein öffentliches sei.

Zur Abbüßung einer 14 tägigen Gefängnißstrafe hat sich dieser Tage der Genosse Pfeifle in Mannheim freien müssen. Er hatte es gewagt, die Zugendboldenhaftigkeit eines reichen Bourgeois zu kritisiren, der sich durch ein schamloses Inzerat eine Wittreife suchte, und wurde deshalb wegen Verächtlichmachung einer unstilligen Schrift vom Staatsanwalt angeklagt und vom Gericht verurtheilt. Ob er sich bessert, ist zweifelhaft.

## Soziale Uebersicht.

Ortsübliche Tagelöhne. Aus einem fobem erschienenen Verzeichniß ortsüblicher Tagelöhne im Deutschen Reich geht hervor, daß in der Reichshauptstadt keineswegs die höchsten Löhne für gewöhnliche Handarbeiter gezahlt werden. Berlins ortsübliche Tagelöhne betragen für den Mann 2,70 M. und für die Frau 1,50 M. Die höchsten Löhne in ganz Deutschland scheinen augenscheinlich in Helgoland gezahlt zu werden, wo der ortsübliche Tagelohn für Männer sich auf 8,25 M. und für die Frauen 1,75 M. beläuft. Im übrigen werden im Regierungsbezirk Schleswig, wozu auch Helgoland gerechnet wird, in Kiel z. B. 2,70 M. für Männer und 1,60 M. für Frauen als ortsüblicher Tagelohn festgesetzt; in Altona steigt der ortsübliche Tagelohn sogar auf 8 M. für Männer und 2 M. für Frauen. Gleich hoch ist der ortsübliche Tagelohn in Hamburg und Bremen; in der zuletzt genannten Stadt ist aber für Frauen als Tagelohn nur 1,75 M. angeführt. In Schlesien finden wir die niedrigsten Tagelöhne. Im Kreise Militsch sind für Männer nur 65 Pf. und für Frauen nur 50 Pf. angeführt; in den Kreisen Frankenstein, Dels, Rimpfich und noch anderen beträgt der Tagelohn der Männer 90 Pf. und derjenige der Frauen 60 Pf. Sogar in Posen findet man so niedrige Tagelöhne nicht wie in Schlesien. Im Westen des Reichs steigen die Löhne wieder. In Minden ist 1,80 M., in Münster 2 M., in Köln 2,50 M., in Wiesbaden 2 M., in Frankfurt a. M. 2,50 M. und in Mainz 2,20 M. der ortsübliche Tagelohn für Männer. In München beträgt der Tagelohn für Männer 2,30 M., in Dresden 2 M., in Leipzig 2 M., in Stuttgart 2,50 M., in Schwerin 2 M., in Weimar 1,80 M., in Götting 1,60 M. und im Bezirk von Waldeck und Pyrmont 1,50 M. In den Reichsländern scheinen im allgemeinen höhere Löhne gezahlt zu werden als im übrigen Deutschland. Der höchste

Lohn der Männer mit 2,50 M. ist für Reich festgesetzt, es folgen Straßburg mit 2,20 M., Weidenburg mit 1,80 M. Der zuletzt erwähnte Lohn ist der niedrigste in den Reichsländern; die Löhne der Frauen schwanken hier von 1,80 bis 1,10 M.

Eine Bier- und Branntwein-Steuer planen die städtischen Kollegien in Harburg einzuführen.

Eine Arbeitslosen-Versammlung in Bremen, die von 8—900 Personen besucht war, nahm nach einem Referate des Genossen Bert folgende Resolution an: „Die heutige Versammlung bremischer Arbeitslosen erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verspricht, mit allen Kräften die Förderung der Arbeiterbewegung einzutreten.“

Die Verhandlungen über das städtische Arbeitsamt in Mainz haben nun stattgefunden. Die im Entwurf von Seiten der Arbeitnehmer beanstandeten Stellen wurden in ihrem Sinne abgeändert. Nur dem Passus, daß bei einem Streik für die betreffende Branche der Arbeitsnachweis nicht funktionieren solle, wollten die Unternehmer sich nicht anschließen; sie stimmten dagegen, die Arbeitnehmer dafür. Der Entwurf geht nun an die Bürgermeisterei zurück.

Sämtlichen Arbeitern sowie dem Komptoirpersonal der Firma Wegas in Götting ist gekündigt worden.

Die Austritte aus der Landeskirche in Sachsen im Jahre 1893. Nach statistischen Mittheilungen des sächsischen Landeskonsistoriums auf das Jahr 1893 hat sich im Berichtsjahre die Zahl derjenigen, die aus der Landeskirche ausgetreten sind von 658 im Jahre 1892 auf 727 erhöht. Die meisten sind zu den sogenannten apostolischen Gemeinden übergetreten, nämlich 309, zu den Methodisten 145, zu den Baptisten und anderen Sekten 80 und nur 65 blieben religionslose Dissidenten. Uebersicht zur Landeskirche erfolgten 256 (gegen 252 im Jahr 1892), davon 153 aus der römisch-katholischen, 21 von den apostolischen Gemeinden, 18 von den Methodisten, 10 von den Baptisten und anderen Sekten, 17 von Juden und 23 von religionslosen Dissidenten.

Bergarbeiter-Risiko. Aus London wird gemeldet: In dem Kohlenbergwerk Diglake in der Nähe von Audley (Staffordshire) erfolgte ein Waffereinbruch, während 280 Bergleute in dem Bergwerk beschäftigt waren. Es wurde alles gethan, um die Bergleute zu retten; um 5 Uhr nachmittags waren 150 gerettet. Man fürchtet, daß 20 Bergleute, welche in den untersten Gruben arbeiteten, ertrunken sind.

## Gewerkchaftliches.

Achtung, Gastwirthsgehilfen! Die in der gestrigen Nummer bekannt gegebenen Differenzen, welche zwischen den Kellnern und dem Inhaber der Keller'schen Festfälle, Kopenstraße, ausgebrochen waren, haben durch Verhandlungen der besagten Kommission ihre Regelung dadurch gefunden, daß die Ausgetretenen wieder eingestellt und Herr Keller den Arbeitsnachweis und Lohnzettel der organisirten Gastwirthsgehilfen für alle Fälle anerkannte.

Achtung, Handlungsgehilfen! Mittwoch, den 16. Januar, findet um 8 1/2 Uhr abends im großen Saale von Keller, Kopenstraße, eine öffentliche Handlungsgehilfen-Versammlung statt, in welcher Kollege Zark über: „Der Fall Wilhelm Stadthagen“ referiren wird. Das tragische Geschick unseres Berufskollegen Stadthagen hat gewiß in weiten Kreisen der Handlungsgehilfen lebhafteste Sympathie erweckt. 16 Jahre in einem Geschäft thätig, stand dem Bedauernswerthen am Abend seines Lebens die Aussicht bevor, arbeitslos umher zu irren. Dieser traurigen Perspektive entzog er sich, indem er gewaltsam seinem Leben ein Ende machte. Die Befprechung dieses Vorganges, besonders der begleitenden Umstände vom sozialpolitischen Standpunkt, soll die Aufgabe der erwähnten Versammlung sein. Wir bitten deshalb um recht zahlreichen Besuch. Der Vorstand der Freien Vereinigung der Kaufleute.

Die Solinger Taschen- und Federmesser-Arbeiter haben den Fabrikanten den alten Lohnzettel gekündigt und einen neuen ausgearbeitet. Eine große Anzahl Fabrikanten sind mit dem Preisverzeichniß einverstanden, andere haben erklärt, wenn der Fabrikantenverein damit einverstanden sei, seien sie es auch. — Vor 6 Jahren kam ein ähnlicher Kampf zum Ausbruch, der nahezu 20 000 M. Verluste verursacht haben soll.

Die Generalversammlung des Verbandes der in Holzbearbeitungs-Fabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands in Bremen beschloß, die Entscheidung darüber, ob sich der Verband dem Holzarbeiter-Verband anschließen solle, den Mitgliedschaften zu überlassen. Der Verband zählt 630 Mitglieder in 7 Zahlstellen. Nach dem Bericht des Vorstandes hatte der Verband im letzten Geschäftsjahre eine Einnahme von 1181,90 M., dazu einen Kassenbestand am Schluß des vorigen Jahres von 1544,62 M., in Summa 2726,52 M., eine Ausgabe von 1248 M., so daß noch ein Kassenbestand von 1478,52 M. verbleibt.

Die Angestellten der Straßenbahn in Brooklyn sind mit Ausnahme einer einzigen Linie in den Ausstand eingetreten. Man schätzt die Zahl der Streikenden auf 8000.

## Depeschen.

Wolff's Telegraphen-Bureau. Frankfurt a. M., 15. Januar. Die „Frankfurter Zig.“ meldet: Der Sonderauschuß der Frankfurter Stadtverordneten-Versammlung hat einstimmig den Vertrag betreffend die Vereinigung mit Vodenheim mit den von den Vodenheimer Behörden vorgeschlagenen keinen Abänderungen angenommen. Die Stadtverordneten werden demnach die einstimmigen Beschluß fassen. Die Vereinigung beider Städte soll, wenn die gesetzliche Genehmigung rechtzeitig erfolgt, am 1. April eintreten.

Hannover, 15. Januar. Dreitausend ausländische Arbeiter zogen heute Nachmittag vor eine Fabrik. Da sie eine bedrohliche Haltung annahmen, mußte der Unterpräfekt die Aufforderung zum Auseinandergehen ertheilen und die Gendarmerie die Gewehre laden lassen, um die Ansammlung zu zerstreuen. Der sozialistische Abgeordnete Carnaud wurde verhaftet.

Audley, 15. Januar. Wie nunmehr festgestellt ist, beträgt die Zahl der in dem überschwemmten Bergwerk zurückgelassenen Arbeiter 92. Trotz aller Anstrengungen nimmt das Wasser nur langsam ab.

(Depeschen-Bureau Herold.)

Hamburg, 15. Januar. Seit heute Nachmittag 5 Uhr brennt das Altonaer Garnisonlazareth. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Leipzig, 15. Januar. In Bukowina wüthet seit einiger Zeit die Cholera. In der vergangenen Woche sind 44 Personen an der Seuche erkrankt, von denen 18 gestorben sind.

Lüttich, 15. Januar. Im Anarchistenprozeß wurden heute die Angeklagten Vossen, Weikamp und Müller über ihre Beziehungen zu dem angeklagten Baron Sternberg und über ihre Theilnahme an dem schlaggeschlagenen Bombenattentat gegen das Theater verhört.

Rom, 15. Januar. Aus Massana wird der „Tribuna“ gemeldet, daß die Lage dortselbst sich zu bessern scheint; aber es sei doch nöthig, ein Hilfskorps zu bilden, um für alle Fälle ge-nappnet zu sein.

London, 15. Januar. In der Diglakegrube bei Audley hat sich ein bedeutendes Unglück zugetragen, indem in derselben, während 288 Arbeiter in der Grube beschäftigt waren, ein Waffereinbruch aus einem benachbarten Schacht stattgefunden hat. 187 Mann konnten bisher gerettet werden, für die Bergung der anderen 101 Mann ist wenig Aussicht vorhanden.



Loth. Vom am Eingange aber befindet sich ein großartiges Magazin, in welchem man ein Paar Stiefel 3 oder 4 M. billiger kaufen kann. Glauben Sie, daß das Publikum zu dem patentierten Schuhmacher hinanläuft? Sie selbst — davon bin ich überzeugt — laufen zum größten Theil Ihre Waaren in Bazaren. Wollen Sie etwa den Befähigungsnachweis auch auf die Fabriken ausdehnen? Sie können die Maschinen nicht verbieten, Sie können die Großfabrikation nicht verbieten, Sie können die Konkurrenz nicht verbieten und alles andere ist ohne Belang. Nur noch ein ganz geringer Bruchtheil der Handwerker hat keine Konkurrenz durch die Groß-Industrie, das sind Handwerker, welche Spezialitäten herstellen, die nicht durch mechanische Maschinen hergestellt werden können. Aber wegen dieses kleineren Theiles von Handwerkern die ganze Reichsgefährungs-Maschinerie in Bewegung zu setzen, wäre doch der Siffel der Unernunft. In ganz England und Amerika fällt es niemandem ein, wegen dieses kleinen Bruchtheils der Handwerker Zwangseinnahmen einzuführen zu wollen. Wir halten es nicht für nöthig und nützlich, solche sozialpolitische Experimente zu machen. Die Maschine können Sie nicht verbieten, und es gibt nur noch sehr wenige Gewerbe, in welchen keine Maschine Anwendung findet. Daß die Zwangseinnahmen in ethischer und erzieherischer Beziehung Großes leisten würden, bezweifle ich; daß sie das Lehrlingswesen verbessern würden, bezweifle ich nach den Erfahrungen in Oesterreich, wo sich die Innungen und Genossenschaften gar nicht bewährt haben. Ein Bericht der österreichischen Regierung spricht sich sehr abfällig über das Lehrlingswesen in den Innungen aus; sobald es darauf autonome, der Innung neue Mitglieder zu erwerben, würden die Lehrlinge unter Ignoranz der gesetzlichen Bestimmungen sehr leicht gemacht, sobald man sich aber gegen einen Konkurrenten schütten wollte, würden sie sehr erschwert. Ganz dasselbe Urtheil fällt die Bezirksregierung von Böhmen. Die königlich böhmische Regierung äußerte sich bald nach Einführung der Gewerbefreiheit dahin, die Handwerkschulen verdanken ihren Ursprung den Klagen über die mehr und mehr abnehmende Tüchtigkeit der Handwerksmeister, die noch aus den alten Innungszeiten herkommen, die mehr auf ihre Vorrechte als auf die Ausbildung Gewicht legen. Meinen Sie, daß seit jener Zeit die Handwerker besser geworden seien? Es ist schon mit Recht hervorgehoben worden, daß nur der zehnte Theil aller Handwerker in den Innungen vereinigt ist. Berlin ist in dieser Beziehung nicht für das ganze Deutsche Reich maßgebend. Der Neubrager Gewerbe-Inspektor berichtet, die Genossenschaftsvorstände gingen in vielen Fällen bei Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern nicht objektiv vor und bemühten sich nicht einmal, die streitenden Parteien zu vergleichen; es werde durch sie nur der Klassenhaß genährt und noch gezogen. Nachdem der Gewerbe-Inspektor die Rücksichtslosigkeit, die niedrige Einstellung und den Mangel an Gemeingeist derselben drastisch geschildert hat, sagt er: Die Genossenschaften besaßen sich mit allem Möglichen, nur nicht mit dem, wozu sie geschickt geschaffen sind. Ebenso sprechen sich fast sämmtliche österreichische Gewerbe-Inspektoren über ihre Erfahrungen mit Genossenschaften aus. In Oesterreich ist ja alles eingeführt, was Sie wünschen. Wie wollen Sie uns angesichts solcher Erfahrungen in Oesterreich überzeugen, daß in Deutschland ein solcher Schritt angebracht wäre. Auf dem Innungstage von 1891 in Berlin waren zwei Vertreter des österreichischen Gewerbeverbandes, und einer von ihnen hielt unseren Jünglern vor, sie sollten nicht zu große Hoffnungen auf die Zwangseinnahmen setzen, denn in Oesterreich sei das Gewerbe trotzdem nicht vorwärts gekommen. Sie sind aber blind und wollen trotzdem solche künstlichen, rücksichtlichen Versuche machen. In dem Lehrlingswesen muß allerdings Abhilfe geschafft werden, denn so mancher Handwerker beschäftigt 10 bis 12 Lehrlinge. Die Handwerker können aber infolge der drückenden Konkurrenz keine Gesellen mehr bezahlen. Deshalb beuten sie die Lehrlingswirtschaft in grausamster Art und Weise aus. Es kommt vor, daß Lehrlinge 17 Stunden des Tages arbeiten müssen, wie die Berichte der Fabrikinspektoren beweisen. Sie sagen, nur ein befähigter Handwerker könne das Handwerk ausüben. Die technische Befähigung allein entscheidet aber nicht. Ein Handwerker muß auch moralisch befähigt sein. Ist der Meister ein charakterloser Lump, so kümmert er sich nicht um die Ausbildung seiner Lehrlinge. Wie im Deutschen Reich das Handwerkerthum und die Lehrlingsausbildung betrieben werden, das habe ich als Herausgeber einer Fachzeitung für Schuhmacher genügend kennen gelernt. Die Handwerksmeister selbst und vorzugsweise die Jüngler sind es, welche die Lehrlinge vom Besuche der Fachschulen abhalten. Die kleinen Handwerksmeister können den Lehrlingen nicht die nöthige Zeit zum Besuch der Fachschulen geben. Die Innungen verwenden, wie ein Beispiel aus dieser Stadt zeigt, ihr Geld für einzelne Personen, und Sie wollen uns da beweisen, daß die Innungen dasjenige Element sind, welches dem Handwerk den goldenen Boden zurückerobern soll. Davon werden Sie niemand von den vernünftigen Arbeitern überzeugen. Mögen Sie Handwerkerkammern einrichten, wir haben nichts dagegen. In fünf Jahren werden Sie keinen Jüngler mehr haben. Dann ist diese Kata morgana verschwunden. Ihre Handwerkerkammern schweben vollständig in der Luft. So viel Verschwand haben wir uns im Laufe der Jahre erworben, daß wir einsehen, die Gewerbefreiheit war eine unbedingte Nothwendigkeit. Das sagte Eassalle schon 1868. Und weil das eine Nothwendigkeit war, hätten Sie die Entwicklung der Großindustrie auch nicht aufhalten können, auch wenn die liberale Gesetzgebung nicht bestanden hätte. Der Großindustrie nach ihrer dreißigjährigen Entwicklung noch Schranken setzen zu wollen, wäre ein vergebliches Beginnen. Wir wünschen, daß in jüngerem Kreise dieselbe Ansicht Platz greife. Anders wird es erst werden, wenn an die Stelle der kapitalistischen Gesellschaftsordnung die sozialistische getreten sein wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär v. Bötticher: Wenn es um das Handwerk zu trübe bestellt ist und um die Organisationen desselben, wie der Vorredner geschildert, dann ist es für die staatsbehaltenden Parteien und für die Regierung Zeit, so schnell als möglich Abhilfe zu schaffen. Wenn es wahr ist, daß die Innungen nur selbstthätigen Zwecken dienen, daß sie sich nicht um die Ausbildung der Lehrlinge kümmern, dann hat nicht allein das Handwerk selbst aus sich heraus Veranlassung zu helfen, dann muß Staatshilfe eingreifen und der Gesetzgeber darf nicht thätlos zusehen. Wenn der Redner auf die Erfahrungen in Oesterreich verweist, so entgegne ich ihm darauf, die dort gezeigten Uebelstände werden für uns ein Anlaß sein, bei uns bessere Organisationen zu schaffen. (Zustimmung rechts.) Es ist verfehlt, die eine oder andere Organisation, die Genossenschaften oder die obligatorischen Innungen zu verwerfen. Es kommt alles darauf an, wie es ausgeführt wird. Es wird Aufgabe des deutschen Handwerks sein, die Kräfte heranzubilden, welche das erforderliche Zeug dazu haben, verständnißvoll die Organisation zu entwickeln und zu behandeln, die der Gesetzgeber vorschreibt. Wenn der Vorredner auf die Arbeiterkammern und ihre früheren Ablehnungen verwiesen hat, so habe ich darauf zu erwidern: Es ist nicht Sache der Regierung, sozialdemokratische Organisationen zu fördern, und darauf ging der sozialdemokratische Antrag hinaus. Der Vorredner ließ seinen Zweifel darüber, daß die Sozialdemokraten nicht mitmachen wollen, weil sie hoffen, daß das Handwerk ihnen schon anheimgefallen sei oder anheimfallen werde. Das wird den Handwerkern die Augen darüber öffnen, wo für sie Segen und Heil zu erwarten ist. Bei den Sozialdemokraten nicht! (Zustimmung rechts.)

Gegenüber einigen Mißverständnissen des Herrn Jacobs-Lötter will ich bemerken, daß ich mit meinen preussischen Kollegen

Hand in Hand gegangen bin. Wenn jetzt zwei Dinge unterommen werden: Die Aufarbeitung eines Gesetzes über die Handwerkerkammern und eine Untersuchung über das Handwerk, so ergänzen sich diese beiden Dinge. Ein Widerspruch besteht nicht. Ich habe ausgeführt, daß der Unterbau vorbehalten werden soll; darüber will man die Handwerkerkammern hören. Ich frage mich, daß der Gedanke der Handwerkerkammern so freundliche Aufnahme gefunden hat; auf diesem Wege werden wir am schnellsten zu einem praktischen Erfolge kommen. (Zustimmung rechts.)

Abg. Cegielski (Pole) erklärt sich für den Befähigungsnachweis, dessen schnelle Einführung er dringend empfiehlt. Daran wird die Debatte geschlossen.

Abg. v. Stumm bemerkt persönlich, daß er eine Aeußerung, wie sie der sozialdemokratische Redner ihm in den Mund gelegt habe, niemals gethan habe.

Abg. Jacobs-Lötter erhebt Widerspruch dagegen, daß ihm der sozialdemokratische Redner eine Täuschung seiner Genossen vorgeworfen habe.

Damit ist die Interpellation erledigt.

Nach Vorschlag des Präsidenten sollen morgen außer dem Jesuitenantrag die Anträge wegen der Konsumvereine und wegen des Befähigungsnachweises beraten werden.

Abg. Varré (Dr. Wg.) empfiehlt den nationalliberalen Antrag wegen Kündigung des argentinischen Handelsvertrages vorab zu beraten.

Abg. v. Stumm widerspricht dem Vorschlage, weil er der Vereinbarkeit widerspricht, aber welche sich alle Parteien des Hauses geneigt haben.

Abg. Varré zieht seinen Antrag zurück, empfiehlt aber, den Antrag wegen Argentinien möglichst bald zur Verathung zu bringen.

Schluß 5<sup>1/2</sup> Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (Jesuitenantrag und Anträge betreffend Befähigungsnachweis und Konsumvereine.)

### Herrenhaus.

1. Sitzung vom 15. Januar 1895, 2 Uhr.

Auf Grund der Geschäftsordnung übernimmt der Präsident der vorigen Session Fürst zu Stolberg-Wernigerode das Präsidium und eröffnet die Sitzung mit folgenden Worten: Ich heiße die Herren herzlich willkommen bei dem Zusammentritt des Hauses mit dem Wunsche, daß die Beratungen und Beschlüßfassungen desselben zum Heile des Vaterlandes gereichen mögen. Hieran bringt der Präsident das übliche Hoch auf den König aus.

Als provisorische Schriftführer beruft der Präsident die Herren v. Reinerstorff, v. Wiedebach, Hammer und v. Klitzing.

Neu berufen in das Haus sind die Herren Graf zu Dohna-Schlobitten, Graf Fink v. Finkenstein, v. Herberberg, Bürgermeister Altenberg, Memel, Oberbürgermeister Büchtemann-Görlitz, Oberbürgermeister Westerbarg-Rassel, Wirkl. Geh. Rath v. Dieß.

Der zur Feststellung der Beschlüßfähigkeit vollzogene Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 111 Mitgliedern, das Haus ist also beschlußfähig und nimmt sofort die Wahl der Präsidenten und Schriftführer vor.

Auf Vorschlag des Grafen Schlieben wird Fürst zu Stolberg-Wernigerode zum Präsidenten durch Zuruf wiedergewählt.

Fürst zu Stolberg: Ich nehme mit Dank diese Wahl an und werde bemüht sein, die Geschäfte des Hauses mit Unparteilichkeit und in sachgemäßer Weise zu führen, und ich darf daran die Bitte knüpfen, daß die Herren wie im vorigen Jahre mich hierin unterstützen wollen. (Beifall.)

Auf Vorschlag des Grafen Schlieben werden ferner v. Mantuffel und Oberbürgermeister Bötticher-Magdeburg zum ersten, bezw. zweiten Vizepräsidenten durch Zuruf wiedergewählt. Dieselben nehmen die Wahlen dankend an.

Die bisherigen 8 Schriftführer Graf Garnier, Hammer, v. Klitzing, v. Neumann, v. d. Osten, v. Reinerstorff, v. Rohr und v. Wiedebach werden ebenfalls durch Zuruf wiedergewählt.

Damit ist das Haus konstituiert und der Präsident wird die erforderlichen Anzeigen machen.

Schluß 5<sup>1/2</sup> Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 2 Uhr. (Geschäftliche Mittheilungen; Vereidigung neuer Mitglieder; Beschlüßfassung über die geschäftliche Behandlung von Regierungsvorlagen.)

### Abgeordnetenhaus.

1. Sitzung vom 15. Januar 1895, 1 Uhr.

Am Ministerische: Niemand anwesend.

Der Präsident der vorigen Session, Abg. v. Müller, eröffnet die Sitzung mit folgenden Worten: Nach der Geschäftsordnung fällt mir die Aufgabe zu, die Geschäfte des Präsidenten so lange zu führen, bis die Präsidentenwahl vollbracht ist; ich übernehme infolge dessen den Vorsitz und eröffne die Sitzung.

Hierauf bringt der Präsident das übliche Hoch auf den König aus.

Angemeldet sind bisher 828 Mitglieder; das Haus ist also beschlußfähig.

In provisorischen Schriftführern beruft der Präsident die Abgg. Im Walle, Bode, Wegerbuch und Wozniak.

Die Konstituierung der Abtheilungen wird morgen nach der Sitzung erfolgen.

Schluß 1<sup>1/2</sup> Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. (Wahl des Präsidenten und der Schriftführer, Entgegennahme von Vorlagen der Staatsregierung.)

größer als der Bedarf, und so blieb für die Fremden nichts übrig. In den Verhältnissen kam wieder die veränderte Situation zum Ausdruck.

Wider Willen fällt das Berliner Tageblatt in diesen Tagen ein vernichtendes Urtheil über die heutige Gesellschaftsordnung und deren Stützen. Die als Bagabonden abgetheilten Leute sind Männer, die arbeiten wollen, um jeden Preis arbeiten wollen — und der Staat der Sozialreform weiß keine andere Antwort ihrem Verlangen zu geben, als daß er sie schimpflich einsperret, nachdem die entsetzlichste Noth sie zum Betteln getrieben hat.

Man begreift, daß ein Staat, der sich beratt mit dem sozialen Elend abfindet, — und nach dem geschriebenen Recht abfinden muß — von seinen Interessenten Umsturzparragraphen heischt.

Man begreift aber auch schließlich, daß derartige jammervolle soziale Erscheinungen nur durch eine gründliche Umgestaltung der Gesellschaftsstruktur beseitigt werden können, daß im Sinne der Sozialdemokratie ein Zustand geschaffen werden muß, in dem jeder, der sich und der Gesellschaft durch seine Thätigkeit nützen will, auch Gelegenheit zur Arbeit findet.

Der Magistrat thut seine Pflicht in Neu-Byzanz — mehr kann er nicht! Aus der Adresse, welche der Magistrat als Zeichen seiner Unterwürfigkeit zu Neujahr an seinen Kaiser und König gerichtet hat, seien folgende hübsche Stellen hervorgehoben:

Allerdurchlauchtigster, Großmächtigster Kaiser und König, Allergnädigster Kaiser, König und Herr! Euerer Kaiserliche und Königliche Majestät bitten wir, unseren ehrsüchtigen Glückwunsch zum neuen Jahre halbreich aufzunehmen; wir sprechen ihn aus in aufrichtiger Treue, er ist im Jahre der hehre Anfang unseres Werkes und bleibt sein Siegel. . . . Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät Geheiß schuf Raum den fleißigen Händen, dem Sinnen der Geister, den Klängen der Kunst. Schrittweise eröffnet die Natur dem ewigen Forscher den unermesslichen Vorrath ihrer Kräfte für den Gebrauch der Menschheit, schrittweise offenbart der Höchsten Gnade dem heiligen Denken die sabbaren Formen seligen Glaubens. . . . Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät allerunterthänigste, treuehuldigste Magistrat zu Berlin, ges. Balle.

Und diesen Magistrat verschreiben konservative Blätter noch als freisinnig. Beim Lesen der Adresse kann man unseres Erachtens höchstens im Zweifel darüber sein, ob es deutsche Männer waren, die dieses sprachliche Ungeheuer abfaßten.

Das auch die bürgerliche Frauenwelt den geistesverherrnenden Wirkungen des modernen Byzantinismus schuldig ausgeht ist, zeigt die neueste Nummer der Frauenzeitschrift „Die Frauenwelt“. In ihr veröffentlicht eine „Dame“ folgende Notiz: „Regir.-Schüssel“. Bei den vielfachen Regir.-Donationen darf auch die Kochkunst nicht zurückbleiben; ich möchte eine „Regir.-Schüssel“, die ich mir ausgedacht, und die bei einem Jagdbiener großen Beifall fand, hiermit den Leserinnen beschreiben. Eine große längliche, etwas tiefe Schüssel mit breitem Rande war mit sehr feinem, hellem Aspic gefüllt, die „Blüthen“ darstellend, in denen ein prächtiger Karpfen schwamm. Ueber diesem erhob sich an einem Silberstiel ein Hummer. Den Rand der Schüssel garnirten kleine Ragoutmuscheln, deren jede drei Nüssen enthielt. Dazwischen waren nach innen Zitronen-Viertel, nach außen kleine Fischel von dreiblättriger Kresse als „Schiff“ gelegt. Eine Mayonnaise-Sauce wurde dazu gereicht.

Man sieht, daß das Proletariat im Klassenkampf mit der Bourgeoisie auch zuweilen dem Willeid ein kleines Plätzchen einräumen muß.

Nachtpost. Die „Voss. Ztg.“ meldet: Dem Sprecher und Lehrer der hiesigen humanistischen Gemeinde, Herrn Schäfer, war am 28. Mai v. J. der Privatunterricht in Ethik und Religionsgeschichte, wie er ihn seit 27 Jahren auf Grund seines Lehres- und Rektor-Eramens, aber ohne einen besonderen Erlaubnißschein unangefochten erteilt hatte, vom Provinzial-Schulcollegium verboten worden. Ein Besuch um nachträgliche Genehmigung der Unterrichtserlaubnis wurde ohne jede Begründung abgelehnt. Auf eine Beschwerde darüber an das Kultusministerium vom 25. September v. J. hat dieses nun Herrn Schäfer geantwortet, daß ihm „wegen seiner pantheistischen Weltanschauung“ die nachgesuchte Erlaubniß nicht erteilt werden könne.“ Die beste Methode, die Menschen auf die Morgenröthe dämmernder Erkenntnis vorzubereiten.

Gegen Heirathsannoncen schreibt — wer? — Die antisemitische „Staatsbürger-Zeitung“! Das Blättchen meint, Genosse Prohaska habe bei der Verathung der Umsturpvorlage nicht ganz mit Recht allgemein die bürgerlichen Blätter deshalb angegriffen. Heirathsannoncen sünden sich „fast ausschließlich“ in Blättern, die im Dienste des Judenthums stünden. Dieses einschränkende „fast“ ist sehr notwendig; denn sonst müßte die „Staatsbürger-Zeitung“, sich selber zu den „im Dienste des Judenthums stehenden“ Blättern rechnen, da auch sie gelegentlich Heirathsannoncen bringt. Wir haben erst kürzlich eine der schamlosesten sehngelagelt, in der ein sich ausdrücklich als „Christ“ bezeichnender Geschäftsmann, um „an einem großen antisemitischen Heirathsannonce“ ein Geschäft übernehmen zu können, einen kapitalistischen Sucht und hingsagte: „Heirath nicht ausgeschlossen.“ (Vergleiche „Staatsbürger-Zeitung“, 1894, Nummer 552.) Die Redaktion dieses Blättchens könnte allerdings die Verantwortung für den Inzeratenthell mit Recht ablehnen; aber sie sollte dann nicht „Judenblättern“ aus Annoncen einen Strich drehen wollen, wie sie in der antisemitischen „Staatsbürger-Zeitung“ ebenfalls zu finden sind. Freilich sind's keine Juden, die hier annoncieren, sondern nur ein antisemitischer Kaufmann, der irgendwo einheirathen möchte, oder auch die Tochter eines höheren Beamten, die für ihr Geld einen Prediger, Gymnasiallehrer oder Richter wünscht (vergl. „Staatsbürger-Zeitung“, 1894, Nr. 542). Sollte die „Staatsbürger-Zeitung“ solche Annoncen etwa nicht zu denen rechnen, die ankündigen Menschen mit Grauen erfüllen? Aber vielleicht kam es ihr gorniat darauf an, gegen die Heirathsannoncen zu schreiben, sondern sie suchte nur nach einer Gelegenheit, wieder einmal die Sozialdemokratie in ihrer bekannten Art anklaffen zu können.

Zur Bekämpfung des Bauschwinds hat der Bund der Berliner Grundbesitzer eine eigene Kommission niedergesetzt, welche praktische Maßnahmen für die Beseitigung der bekannten Uebelstände auf dem Gebiete des Bauwesens ausarbeiten soll. Wie die Herren das wohl machen wollen?

In den großen Betriebsstörungen auf dem Geleise der Dampfstraßenbahn, über die wir kürzlich berichteten, wird uns von dem Berliner Dampfstraßenkonfession „geschrieben“, daß der Betrieb nach dem Schneefall dadurch empfindliche Störungen erlitten hat, daß besonders auf der eingleisigen Strecke zwischen Schöneberg und Steglitz fast der ganze Wagenverkehr sich auf dem unteren Geleise von Schöneberg ausgehend bewegt und hierdurch die von unserem Personal gereinigten Rillen stets wieder mit Schmutz ausgefüllt wurden. Unter diesen Umständen ließen sich trotz größter Anstrengung der Maschinen erhebliche Verspätungen nicht vermeiden, und um unter solchen Verhältnissen die sonst mit einem Pferde bespannten Pferdebahnen überhaupt fortbewegen zu können, war eine Verdoppelung der Bespannung erforderlich, zu welchem Zweck, da der Pferdebestand für einen solchen vorübergehenden Ausnahmezustand nicht vermehrt werden kann, die bereits im Fahrplan für den Winter festgesetzte Beschränkung der Fahrten eintreten mußte. Der Krankenstand der Pferde, welcher im übrigen nicht außergewöhnlich hoch war, hatte hiermit gar nichts zu thun und ist die bezügliche Bemerkung völlig aus der Luft gegriffen. Im übrigen erklärt das Konfession, daß es beim Einlaufen ähnlicher Nachrichten zur Auskunftserteilung bereit ist.

Und wundert hierbei nur, daß beim letzten Schmelzfall gerade über dem Dampfstrahl-Konfortium des Himmels Mißgeschick so arg gewaltet hat.

Eine Ermäßigung des Tarifs der Pferdebahn-Linie Zegel-Reddingplatz-Charlottenstraße--Unter den Linden tritt mit dem heutigen Tage in Kraft; die ganze Tour kostet 55 Pf., die Theilfahrten Zegel-Oranienburger Thor, Schwarze Brücke--Unter den Linden dagegen nur 30 Pf. Zegel-Reddingplatz ist auf 25 Pf. festgesetzt.

Die Absteckungsarbeiten für die elektrische Hochbahn haben bei der Warschauerbrücke am Dienstag begonnen, obgleich die behördliche Genehmigung noch aussteht.

In den Räumen der Deutschen Bank ist ein dreierlei Schwindel verübt worden, dem ein Hausdiener zum Opfer gefallen ist. Derselbe hatte von seinem Prinzipal, einem Tuchhändler, 200 Mark zur Einlösung eines Wechsels erhalten. Von dem Schalterbeamten an der Einlösungsstelle der Deutschen Bank wurde er angewiesen, auf den Ruf seines Namens zu warten. Nach einiger Zeit trat ein Mann an ihn heran und fragte, ob er einen Wechsel einlösen habe. Auf die bejahende Antwort forderte der Fremde den Hausdiener auf, ihm zu folgen, und dieser that es arglos, da er seinen Führer, der weder Ueberzieher noch Kopfbedeckung trug, für einen Beamten der Bank hielt. Im Fluß der ersten Etage forderte der Mann dem Hausdiener die 200 Mark ab, trat in ein Zimmer und kam nach wenigen Minuten mit einem Blättchen Papier zurück, das eine Quittung über den abgelieferten Betrag enthielt. Der vermeintliche Bankbeamte sagte, der Wechsel sei noch nicht eingegangen, er könne erst mittags gegen Vorzeigung der provisorischen Quittung eingelöst werden. Damit gab sich der Hausdiener zufrieden. Sein Prinzipal vermutete sofort, daß die „provisorische Quittung“ gefälscht sei, und diese Annahme wurde denn auch von der Bank bestätigt. Der Schwindler ist etwa 35 Jahre alt und hat einen kleinen dunklen Schnurrbart.

Bis zu 3000 M. Belohnung sichert die Reichs-Schuldenverwaltung demjenigen, der ihr einen Verfertiger oder wissenschaftlichen Verbreiter der jetzt vielfach in Umlauf befindlichen Fünzig-Markscheine nachweist.

Der Fernsprechbetrieb zwischen Berlin und Hertzford ist eröffnet worden. Die Gebühr für ein Gespräch bis zu drei Minuten beträgt 1 M.

Schuldenhalber ist der Porzellanhändler Wasserlein aus der Alexanderstraße nach London durchgebrannt. Seine Flucht entbehrt eines lombischen Veisgeschmacks nicht. Als er bereits in einer Abtheilung des Juges saß, der ihn aus dem Versteck seiner Glaubiger nach Wittingen entführen sollte, stieg zu ihm aus Zufall einer von denjenigen ein, denen er entgegen wollte. Der Gläubiger freute sich, daß sein Freund Wasserlein ihn nach London begleiten würde. In der Themschadt angekommen, fiel es dem Gläubiger auf, daß sich Wasserlein im Gasthof als Müller eingetragen hatte. Jetzt merkte er, daß die Angaben Wasserleins, er habe in London größere Einkünfte zu besorgen, auf eine Täuschung hinauslaufen sollten: es war nun aber zu spät.

Der Wild West scheint der Truppe des Texas Jack im Jirrus Schumann noch haarig in den Knochen zu stecken. Ihrem Chef ist am Sonntag Nachmittag ein neues Unglück zugefallen, das erstere Folgen zu haben scheint, als der Nasenbeinbruch, der sich neulich unter dem Beifall des Publikums ereignete. Einer der Indianer feuerte am Sonntag Nachmittag bei der großen Schluß-Pantomime seinen mit einer Papppatrone geladenen Revolver in so unmittelbarer Nähe des Texas Jack ab, daß ihm durch das Feuer und den Papierproppen das rechte Auge verletzt wurde. Festig blutend mußte der Verwundete aus der Manege in seine Garderobe geschafft werden, wo ihm sofort ein Notverband angelegt wurde. Sein Befinden hat sich derart verschlimmert, daß er in der Klinik des Professor Dr. Schöler in der Karlstraße einer Operation unterzogen werden mußte.

Die Unterschlagungen des Kammerers Lehmann aus Oberwalde, welcher im Sommer vorigen Jahres in einem hiesigen Hotel einen Selbstmord-Versuch unternahm, belaufen sich nach dem jetzt vom Magistrat gefassten Definitivbeschluss auf insgesamt 55 459,40 M. Bedeckt sind durch die Kaution des Lehmann und die bei ihm aufgefundenen Summe etwa 10 000 M.

Ein Hund von Kleidungsstücken, der in der Nacht zum 13. d. M. gemacht worden ist, läßt auf den Selbstmord einer Dame schließen. Bei dem Jenner'schen Wirthshause in Treptow lagen an einem Obelisk am Ufer der Spree ein blauer Damenhut mit weißem Schleier, mit modischen Sammetbänder und einem schwarzen Vogel befestigt und mit der Firma H. Wiele, Friedrichstraße 28, versehen. Daneben lag eine schwarze Pelzmuffe und ein schwarzer Glacehandschuh. Die Leiche der Dame ist noch nicht entdeckt worden. Personen, die zur Sache irgend welche Angaben machen können, können sich bei dem Amtsvorsteher in Treptow melden.

Auf grauenvoller Weise hat am Dienstag im Untersuchungsgefängnis ein Gefangener seinem Leben ein Ende gemacht. Am Sonnabend wurde der Schuhmacher Schulz vor dem Schwurgericht am Landgericht I wegen Meineides, strafbaren Eigenmordes u. zu einer Gefängnisstrafe von 2 Jahren 1 Monat Zuchthaus verurtheilt. Als der Verurtheilte, dessen Zelle sich in der dritten Etage des Gefängnisses befindet, gestern früh zum üblichen Spaziergang ins Freie geführt werden sollte, schwang er sich von der an den Zellenthüren entlang führenden Galerie über das Geländer und stürzte sich auf die Steinfliesen der Logende hinab, auf denen er mit geschmetterten Gliedmaßen todt liegen blieb.

Mit zerschrittenem rechten Unterarm ist Montag Abend der 32 Jahre alte Schlosser Wilhelm Frisch aus der Bauhofsche Str. 22b in ein hiesiges Krankenhaus eingeliefert worden. Er hatte einen Schlosser Engler in derselben Straße besucht und fiel, als er den Heimweg antreten wollte, so unglücklich die Treppe hinunter, daß er mit dem Arm in die Scheibe der Flurthür gereth und erhebliche Verletzungen davontrug.

### Witterungsübersicht vom 15. Januar 1895.

Stationen.	Barometerstand in mm. rebarit auf Meeressp.	Windrichtung	Windstärke (Skala 1-12)	Wetter	Temperatur (nach Celsius) 10 U. M.
Swinemünde	749	SW	3	wollig	-2
Hamburg	744	SW	3	bedeckt	-2
Berlin	747	SW	3	bedeckt	-3
Biesbaden	748	D	1	bedeckt	-1
München	747	SW	1	bedeckt	-1
Wien	751	S	2	bedeckt	-4
Saparanda	768	W	3	bedeckt	-11
Petersburg	764	D	1	wolkenlos	-11
Const.	738	SO	3	Regen	6
Aberdin.	741	NO	4	bedeckt	7
Paris	742	SO	3	bedeckt	5

### Wetter-Prognose für Mittwoch, 16. Januar 1895.

Mildes, theils heiteres theils wolfiges Wetter mit schwachen südlichen Winden ohne erhebliche Niederschläge.  
Berliner Wetterbureau.

**Polizeibericht.** Am 14. d. M. vormittags wurden zwei Leichen neugeborener Kinder aufgefunden, und zwar eine auf dem Felde bei der Dunderstraße und die andere auf dem Fluß eines

Ganges in der Mittelstraße. — In der Stallherstraße wurde Nachmittags ein Knabe durch einen Kohlenwagen überfahren und an beiden Beinen erheblich verletzt. — Abends verlor eine Frau in ihrer Wohnung in der Kleinberenerstraße sich zu vergriffen. Sie wurde schwer erkrankt nach der Charité gebracht. — In der Nacht zum 15. d. M. wurde ein Mann in der Kleinendorferstraße von vier Personen überfallen und durch Schläge auf den Kopf und Fußtritte schwer verletzt. Zwei der Angreifer sind festgenommen. — Im Laufe des Tages fanden vier Brände statt.

## Theater.

Im Schiller-Theater wurde am Montag die erste wirkliche Novität aufgeführt. Es war das Werk eines jungen österreichischen Dichters, G. J. David, ein Schauspiel aus der Zeit des oberösterreichischen Bauernaufstandes. „Hagar's Sohn“ hieß es. Wer glaubt haben möchte, ein Stück Weltgeschichte in der Auffassung moderner sozialer Erkenntnis an sich vorübergehen zu sehen, sah sich in dem Werk gründlich getäuscht. Die unter religiöser Verhüllung deutlich sichtbare soziale Bewegung der damaligen wildbewegten Zeit zog schemenhaft in einem Bilde vorüber, dem nothdürftig nichts als ein recht schablonenhafter Zug Religionskampf beigemischt war, das im übrigen aber sich als ein wenig motiviertes Stück Familiengeschichte darstellte. Matthäus Siverriuther wehrte sich mit einem Häuflein gleichgesinnter Nachbarn und Knechte tapfer gegen die Uebermacht der mit Feuer und Schwert das Land verwüstenden Bayern. Er gilt als Vater der kleinen Gemeinde, welche noch der reinen Lehre anhängt, und er wird von seinen Glaubensbrüdern verehrt, wie es dem Patriarchen zukommt. Aber schwere Sünde lastet auf ihm. Sein Weib war in der Blüthe von mehreren Keimern geküßelt worden und lag seitdem Jahrzehnte lang auf elendem Krankenlager darnieder. Aus dem Umgang mit einer Magd war dem Bauern aber ein Knabe entsprossen, dessen trotziges Wesen im Kampf gegen alle Welt bis zur Unbändigkeit gesteigert worden war. Mutter und Kind hat der Großbauer bislang verleugnet und erst nachdem sein Weib und auch die Magd gestorben, will er auf ein Himmelsgelächeln vertrauen und den Jüngling als Führer seiner Knechte in den Glaubenskampf schicken. Reht er zurück, so soll ihm Haus und Hof als väterliches Erbtheil zu eigen sein. Aber in dem Christen Mittermeyer ist seit je ein mächtiger Haß gegen den Bauern lebendig gewesen und sein Gefühl sagt ihm, daß dieser ihn nur in den Krieg geschickt habe, um seiner ledig zu sein. Er verräth in der Schlacht die evangelische Sache, weil er nichts, selbst nicht den Glauben mit dem gehassten Siverriuther gemein haben will und lehrt auf Umwegen nach dem Bauernhof zurück, um sich an der Wuth des Vaters zu weiden. Dieser brennt, nachdem er um grimmigen Faustkampf mit dem Sohne unterlegen, der zum letzten Kampf versammelten Gemeinde seine und auch des Verräthers Schuld. Ein vorrätiger Knecht vollzieht das gesprochene Todesurtheil, und aus dem vom Bauer angeführten Hof zieht die vergriffene Schaar in die letzte Schlacht, aus der keiner heimkehren wird.

Eine Geschichte also, die sich zur Noth bei der Gustav Adolf-Feier als Verlegenheitsstück hätte aufführen lassen. Die vom Dichter wenig bestimmt gezeichneten Charaktere wurden von der Künstler-schaar des Schiller-Theaters so lebenswahr wie möglich dargestellt. Die Herren Patteg (Siverriuther), Paul Pauly (Christian), Max Walden, der eine fromme Heuchelei darzustellen hatte, und Junk, welcher den treuen Knecht Markus verkörperte, spielten mit trefflichem Gelingen. Alles nichtern war Herr Jeltz als Emissär der evangelischen Sache. Von den Damen waren Fräulein Beschay als Mutter des Christian, Meta Jüling als die Magd, auf die der wilde Christian ein Auge geworfen, und Agnes Werner als Freundin des Heuchlers Josua vollum am Platz.

## Gerichts-Zeitung.

Das Urtheil über die Ober-Feuertwörter. Das kriegsgerichtliche Urtheil über die in Untersuchungshaft genommenen preussischen Ober-Feuertwörter-Schüler ist gesprochen, und, wie der „Reichs-Anzeiger“ mittheilt, bestätigt. Sämmtliche Inhaftirte sind bestraft worden.

Die große Mehrzahl — 181 — erhielt wegen Ungehorsams je sechs Wochen und einen Tag Gefängnis, welche Strafe durch die erlittene Untersuchungshaft für verbüßt erachtet wurde.

31 andere wurden wegen Ungehorsams, Achtungsverletzung, gemeinsamer Achtungsverletzung und Drohung, je nach der Schwere der den einzelnen zur Last fallenden Vergehen, mit Gefängnis von sechs Wochen und zwei Tagen bis zu neun Monaten unter entsprechender Anrechnung der erlittene Untersuchungshaft bestraft. Gleichzeitig wurden von dieser Kategorie zehn degradiert.

Endlich ist ein Unteroffizier wegen Aufwiegung und gemeinschaftlicher Achtungsverletzung mit fünf Jahren und einem Tag Gefängnis (wovon durch die erlittene Untersuchungshaft 75 Tage als verbüßt zu erachten) und Degradation, und ein anderer Unteroffizier wegen Ungehorsams, Achtungsverletzung, gemeinsamer Achtungsverletzung und Aufwiegung mit fünf Jahren und fünf Monaten Gefängnis und Degradation bestraft worden.

In einer umfangreichen Anklagesache wegen Verbreitung verbotener Druckschriften begannen gestern die Verhandlungen vor der 9. Strafkammer des Landgerichts I. Die Anklage richtete sich gegen den Buchhändler Hermann Teistler, dessen Ehefrau geb. Harnisch, den Buchdrucker Fritz Harnisch und den Buchdrucker Otto Harnisch und dessen Ehefrau geborene Pempel. Teistler ist Herausgeber und Redakteur der „Lichtstrahlen“ und gleichzeitig Inhaber der Verlagsbuchhandlung und des Magazins für Volksliteratur F. Harnisch u. Co., früher Yorkstraße 43, jetzt Schöneberg, Barbarossastr. 6. Otto Harnisch war früher Eigentümer der Buchdruckerei von Hugo Gintel, als deren Eigentümerin zur Zeit die Angeklagte Anna Harnisch eingetragen ist. Diese Druckerei druckte die von der Buchhandlung Harnisch u. Komp. vertriebenen Werke; der Angeklagte Fritz Harnisch war in der Druckerei als Stereotypenbeschäftigter. Die Angeklagten standen bei der politischen Polizei im Verdacht, dem Massenvertrieb verbotener Schriften obzuliegen. Am 31. Oktober v. J. erhielt der Kriminal-Schulmann Wenzel den Auftrag, sich nach dem Geschäft des Angeklagten Teistler zu begeben, um die Auflage der „Lichtstrahlen“ zu erforschen. Er begab sich in Zivilkleidung dorthin, traf das Teistler'sche Ehepaar dort an und verhandelte mit ihm über verschiedene Schriften. Der Beamte spricht denselben sächsischen Dialekt wie Teistler und dieser muß ihn wohl für einen Gesinnungsgenossen gehalten haben, denn er plauderte demselben manches aus, was er einem Beamten gegenüber wohl für sich behalten hätte. So fragte er ihn namentlich, ob er vielleicht das verbotene Liederbuch für das arbeitende Volk haben wolle und als der Beamte erklärte, daß er dasselbe schon zu besitzen glaube, schickte Teistler seine Frau in die an das Komtoir grenzende Privatwohnung und ließ von dort ein Exemplar des Liederbuches zur Ansicht vorlegen. Auf die weitere Frage, ob man sonst wolle, bei ihm verbotene Schriften haben, antwortete der Angeklagte, daß er sehr vorsichtig sein müsse, da ihm die Polizei auf dem Nacken sitze, überreichte aber dem Beamten einen roten Zettel, auf welchem ein Verzeichniß von verbotenen Schriften abgedruckt stand, zu deren Lieferung an eine geeignete Deckadresse er sich bereit erklärte. So stellte wenigstens der Beamte gestern die Vorgänge dar, während der Angeklagte Teistler ihm in vielen Stellen widersprach

und namentlich hervorhob, daß er dem Beamten das „Liederbuch“ nicht angeboten habe, dieses vielmehr direkt gefordert worden sei. Der Schulmann Wenzel erstattete Bericht und Kriminalkommissarius Schöne ließ sowohl in den Geschäftsräumen als auch in den Privatwohnungen der Angeklagten mehrere Durchsuchungen vornehmen, deren Folge die Verhaftung der Angeklagten war. Die Kriminalpolizei fand bei der Durchsuchung nicht nur 2300 der erwähnten roten Zettel vor, sondern auch viele in Deutschland, der frommen Kinderstube, verbotene Schriften, so namentlich ca. 500 Exemplare der Broschüre „Reitet die Kinder“, 375 Exemplare der „Bibel in der Westensprache“, im Teistler'schen Schlafzimmer 19 Exemplare des allbekannten „Antisynabus“, im Kleiderkasten 10 Exemplare des „Liederbuches für das arbeitende Volk“, im Schreibtisch von Otto Harnisch 239 Exemplare des „Neuen Deutschen Reichs-Glaubensbekenntnisses“, in einem Kleiderkasten 190 Exemplare des prächtigen Gedichts von Freiligrath „Wie man's macht“, 18 Exemplare des „Wohlstandes für Alle“ von Kurt Krapollin, 120 Exemplare der Broschüre „Feiters aus Trier“ u. s. w. Ob diese Bücher alle verboten sind, wissen wir nicht. Auch die Geschäftsbücher und Korrespondenzen wurden mit Beschlag belegt. Ausserdem geht hervor, daß die Firma F. Harnisch u. Co. einen weitverzweigten Versand von Schriften aller Art nach aller Herren Ländern, sogar bis nach Amerika unterhielt. Unter den Korrespondenzen befand sich auch ein Schreiben von Johann Most aus New-York, welcher den Angeklagten Teistler mit „Werther Genosse“ anredet und den Brief „mit brüderlichem Gruß“ schließt. Der Angeklagte Teistler erklärte, daß Most ihn wohl noch von seiner Thätigkeit beim „Sozialist“ kennen mag, daß er aber keinerlei Parteizugehörigkeit angehöre, insbesondere nicht der sozialdemokratischen oder anarchischen. Die beiden angeklagten Frauen, welche bei der buchhändlerischen Expedition mitgewirkt haben, bekräftigten, den Inhalt der Schriften gekannt, aber gewünscht zu haben, daß sie verboten seien. Im übrigen bekräftigten sämtliche Angeklagte, daß sie mit Kenntniß verbotene Schriften vertrieben hätten. Die bei den Hausdurchsuchungen aufgefundenen Schriften seien als Malakatur behandelt und gerade deshalb in die Privatwohnungen geschafft worden, damit sie nicht verbreitet würden. Zum Beweise des Gegentheils berief sich Staatsanwalt Sträßler auf das Zeugniß des Druckereipersonals, während Rechtsanwalt Berg zu Gunsten der Angeklagten zahlreiche Entlastungsmomente vorführte. Um über den strafbaren Inhalt der fraglichen Schriften unterrichtet zu sein, blieb dem Gerichtshof nichts übrig, als zu einer Verlesung derselben zu schreiten. Die Verhandlung wird an dem nächsten Sitzungstage der Strafkammer fortgesetzt werden.

## Versammlungen.

Der Verein der Einseher (Tischler) tagte am 6. Januar den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildete der Kasfenbericht vom 4. Quartal 1894 und eine Uebersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Jahres. Der Bericht schließt ab mit einem Bestand von 211,22 M. Hierauf wurde die Wahl zur Arbeitsvermittlungskommission erledigt, in welche die Mitglieder Rose, Pfarr, A. Meier, Schöne, Mehl, Reiche und Renthe delegiert wurden. Die Lichtarbeit gab wieder zu einer erregten Debatte Anlaß und wurde sodann beschlossen, die Mitglieder Krone I und II wegen Nichtachtung der Vereinsbeschlüsse auszuschließen.

Der allgemeine deutsche Tapezirer-Verein hielt am 8. Januar eine Versammlung ab, in der Genosse F. Hansen über das Thema: „Recht und Moral“ referirte. Unter Beschiedenen gab die Lokalfrage zu einer längeren Debatte Anlaß. Zum Schluß wendete sich Kollege Hedemann gegen das von einigen Kollegen herausgegebene Flugblatt, in dem die Zentralorganisation den ungerechtfertigten Angriffen ausgesetzt wird.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer beschäftigte sich in seiner Sitzung am 10. Januar mit der Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten. Der Kasfenbericht, der vom Kollegen Pegler gegeben wird, weist einen Bestand von 73,98 M. auf. Im Auftrage des Ausschusses giebt sodann Kollege Guth einen Uebersicht über die Geschäfte desselben und werden hierauf die Mitglieder Bielde, Arnhold und Wegner zu Vertretern dieser Körperschaft gewählt. Von einem Vortrag mußte abgesehen werden, da der Referent nicht erschienen war.

Die Kistenmacher nahmen am 14. d. M. in öffentlicher Versammlung den Rechenschaftsbericht des Vertrauensmannes Tschernig für das 4. Quartal 1894 entgegen. Die der Versammlung vorgelegte Abrechnung wies eine Einnahme von 54,50 M., eine Ausgabe von 65,71 M., einen baaren Generalbestand von 74,91 M. und einen Markenbestand von 1070 Stück auf. Aus stehen 1877 Stück Marken. Die Richtigkeit der Abrechnung wurde von den Revisoren bestätigt und der Vertrauensmann entlastet. Im Anschluß hieran hörten die Versammelten einen Vortrag des Genossen Faber über „Gewerkschaftsorganisation“ und spendeten demselben reichen Beifall. Des weiteren erstattete Tschernig den Bericht der Gewerkschaftskommission, für welche die Versammlung 30 M. bewilligte; die gleiche Summe wurde den streikenden Musikinstrumenten-Arbeitern überwiesen.

Der Arbeiter-Bildungsverein zu Schöneberg hielt am 7. d. M. eine gut besuchte Generalversammlung ab. Im ersten Punkt der Tagesordnung erstattete der Vorsitzende Meiling eingehenden Jahresbericht über die Thätigkeit des Vereins. Eine vom Vorstand ausgenommene Statistik über die Mitglieder des Vereins betraf ihrer Zugehörigkeit zur Gewerkschaft ergab folgendes Resultat: Von 67 Maurern sind 26 gewerkschaftlich organisiert, von 27 Zimmerern 20, von 34 Metallarbeitern 22, von 27 Holzarbeitern 16, von 5 Stuckateuren 2, von 9 Schuhmachern 1, von 7 Buchdruckern 6, von 3 Lichtdruckern 1, von 28 ungelernen Arbeitern 7, von 9 Restaurateuren 5, von 8 Barbierern 1, von 7 Zigarrenmachern 1, von 4 Hausdienern 3, von 2 Kopistographen 1, von 2 Kutschern 1; ferner sind ein Steinseher, ein Ladrer und zwei Brauer organisiert. Der gewerkschaftlichen Organisation gehören nicht an: 4 Schneider, 8 Tapezirer, 2 Tischler, 1 Spediteur, 1 Schriftsteller, 1 Milchpächter, 1 Instrumentenarbeiter, 1 Sattler, 1 Gärtler, 1 Galvanoplastiker, 1 Seiler. Hierauf erledigte der Kassirer seine Kasfen-geschäfte. Die Einnahmen betragen im 4. Quartal 1894 188,78 M., Ausgabe 64,30 M., mithin blieb ein Bestand von 124,48 M. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassirer einstimmig Entlastung erteilt und einem Antrag, welcher besagt, dem Vertrauensmann 100 M. zu überweisen, zugestimmt. Im zweiten Punkt der Tagesordnung wurde die Neuwahl des gesammten Vorstandes vollzogen. Es wurden gewählt: Meiling als 1. Vorsitzender, 2. Vorsitzender; Raue als 1. Gänther als 2. Kassirer und Schlegel als Schriftführer. Zum Bibliothekar wurde Holzhütter wiedergewählt. Hierauf bestimmte man als Thema zur nächsten Versammlung: „Was lehrt uns der Bopstott?“

Die Charlottenburger Parteigenossen füllten ihr Verdict über die U n s u r z u o r l a g e in der Versammlung vom Sonntag Nachmittags, welche sich eines außerordentlich guten Besuchs zu erfreuen hatte. Der Reichstags-Abgeordnete Jubel flüchtete in seinem Referat die Stellung der Parteien zu diesem Produkt modernster Staatsweisheit und folgerte aus den gewonnenen Erfahrungen der Sprecher der maßgebenden Fraktionen, daß eine Verschärfung des Strafrechtes, wenn auch nicht in dem Umlange wie die Regierung und die in dasselbe Horn blasenden Stuppen der Rechten sie für unerlässlich halten, eintreten würde. Auf den Bestand der Partei und ihre Fortentwicklung bliebe das natürlich ohne Einfluß — würden wir genöthigt, die Propaganda für unsere Ziele vor der Öffentlichkeit einzuschränken, so treten wir energischer für die Verbreitung unserer Ideen auf andere

Weise ein: Das Fazit bleibt dasselbe, und der Sozialismus in jedem Falle Sieger! — Die Versammlung begleitete diese Ausführungen mit lautem Beifall und nahm ohne Diskussion die Berliner Resolution an. Durch den Vorsitzenden Bernick wurde das Ersuchen an die Anwesenden gerichtet, für die Wahl des Genossen Görke im 2. Bezirk am 28. Januar eifrig thätig zu sein.

**Charlottenburg.** Die hiesige Filiale der Vereinigung der Maler und Berufsgeoffenen hielt am 10. Januar ihre Generalversammlung ab. Fleming gab den Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes im verflochtenen Jahre. Hierauf wurde die Wahl des Vorstandes vollzogen; sie ergab folgenden Resultat: 1. Vorsitzender Majorl., 2. Vorsitzender Schönborn, Kassierer Busse, Hilfskassierer Drömer, Schriftführer Fleming. Zu Revisoren wurden Göbel und Hermann, zum Bibliothekar Brauer und zu dessen Stellvertreter Meier und Schmidt gewählt. Unter Verschiedenem wurde auf eine in nächster Zeit stattfindende öffentliche Versammlung mit Frauen hingewiesen und zu fleißiger Agitation für dieselbe aufgefordert. Der Arbeitsnachweis für Charlottenburg und Umgegend befindet sich im Lokale des Herrn Krause, Bismarckstr. 74, und ist geöffnet von 6—8 Uhr Abends.

**Wilmersdorf.** In einer Wanderversammlung des Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins sprach am 11. Januar Frau

Scholz in einem interessanten Vortrag über „Die Kinder des Volkes“. Die Vortragende kritisierte besonders eingehend die Ausbeutung der Kinderarbeit und wies darauf hin, daß trotz des Verbots der Kinderarbeit in der Gewerbeordnung, dennoch vielfach diese gesetzliche Bestimmung umgangen wird, wie dies in den Berichten der Fabrikinspektoren selbst zugegeben wird. An der Diskussion beteiligten sich Frau Neusch und Schädlisch im Sinne des Referats.

### Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Chiffre (Zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll.  
**G. B.** Sie müssen den Rechtsanwalt bezahlen. Die Frau ist nicht verpflichtet, sich das Geld von Ihnen zu holen. Am besten ist es, Sie begleichen die Forderung vor dem Termin.  
**W. S. 150.** Kommen Sie in unsere Sprechstunde, um den Sachverhalt genau darzustellen.  
**J. W. 999.** Die Frage läßt sich ohne Vorlegung des Vertrages nicht beantworten.

### Briefkasten der Expedition.

**W. Sch. in Sch.** Eine neue Auflage unseres Verzeichnisses befindet sich im Druck und wird voraussichtlich in der

nächsten Woche fertig. Auf Verlangen erhalten Sie dasselbe gratis und franko.

**Freie Volksbühne.** Das Legbuch von „Rein Hüsung“ kostet 2,— M.

Für die ausgesperrten Brauer gingen ferner ein:  
Adlershof P. P. 1,85. Von Simonsohn Heidestraße 3,—, Ludwig Loewe u. Co. 1,20. Erinnerung an Vatern 1,55. Zigarrenfabrikant P. Schulze und Arbeiter Friedrichselderstraße 21 12,65. Ungenannt 1,—. Gefelliger Verein Freundschaft durch Lemser 6,—. Vierdividende der U. Druckerei 6,60. Agitationskommission der Vergolder Berlin, 9. Rate, 100,—. Gef. 20. 12. 94 durch Monteure d. Allg. Elektrizitätswerke 3,—. Matinee des Gesangvereins Schneeglöckchen I, Rixdorf, 20,—. Gesammelt Restaurant Schillingstraße 1,75. Durch Max Benzler, Ruttmanstr. 15, 8,—. Von den Möbelpolierern und 1 Tischler der Equischen Möbelfabrik, Frankfurterstr. 125, 18. Rate 4,—. Ueberstufung v. ringfr. Bier, Spandauerstr. 30, 11. G. 25. u. 26. Woche 7,60. Von der Weihnachtsbescherung des Gesangvereins „Sineta“, Amerik. Auktion 4,85. Von den Genossen aus Freiburg i. S. durch Kräuter 10,—. Arbeiter der Metallwaren-Fabrik, Elisabeth-Str. 15. Rate 7,10. Vierprozent, Marzgrafenstr. 88, 3,—, Wild-Amerika, Rixdorf 3,20.  
Summa 206,85 M. Bereits quittiert 1972,64; in Summa 2178,99 M.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

### Theater.

Mittwoch, den 16. Januar.  
**Opernhaus.** Die Walfäre.  
**Schauspielhaus.** Festliche Veranstaltung.  
**Deutsches Theater.** Der Talisman.  
**Berliner Theater.** Das zweite Gesicht.  
**Lesing-Theater.** Nach dem Manöver. Ein goldenes Herz.  
**Neues Theater.** Die geschiedene Frau. Wiener in Paris.  
**Residenz-Theater.** Fernand's Ehebrust.  
**Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.** Orpheus.  
**Schiller-Theater.** Prinz Friedrich von Homburg.  
**Theater Unter den Linden.** Der Probeluß.  
**Bellevalliance-Theater.** Onkel Bräutig.  
**Central-Theater.** O! diese Berliner.  
**Adolph Ernst-Theater.** Ein fideles Corps.  
**Alexanderplatz - Theater.** Das Privatlogis. Die Directrice.  
**National-Theater.** So sind sie Alle.  
**Reichshallen-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**American-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Apollo - Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Kaufmann's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.

### Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.)  
Wallner-Theaterstrasse.  
Mittwoch, 16. Januar, abends 8 Uhr:  
Prinz Friedrich von Homburg.  
Donnerstag, den 17. Januar, abends 8 Uhr:  
Fagar's Sohn.  
Freitag, den 18. Januar, abends 8 Uhr:  
Fagar's Sohn.  
Sonnabend, den 19. Januar, abends 8 Uhr:  
Fagar's Sohn.  
Sonntag, den 20. Januar: nachm. 3 Uhr:  
Des Meers und der Liebe Wellen. Abends 8 Uhr:  
Krieg im Frieden.  
Dichter-Abende im Bürger-Saal des Rathhauses, Abends 7 1/2 Uhr:  
Zum 2. Male: Heinrich Heine-Abend.

### Central-Theater

Alte Jakobstraße Nr. 30.  
Emil Thomas a. G.  
Anna Bäckers. Josefine Dora.  
Zum 135. Male:  
**O, diese Berliner!**  
Große Poffe mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von Julius Freund. Musik von Julius Einödshofer.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Morgen:  
**O, diese Berliner!**

### National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.  
**So sind sie Alle!**  
Poffe mit Gesang in 3 Akten (6 Bildern) von W. Mannstädt u. A. Weller. Musik von W. Mannstädt.  
Regie: Max Samst.  
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.  
Sonnabend, 19. Januar: Volkswortstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen: Maria Stuart.

### Castan's Panoptikum.

Noch nie dagewesen!  
Die Tiefen des dunkeln Erdtheils:  
**Die Dinka,**  
40 Männer, Frauen u. Kinder. Das schockige Mädchen Mariotta.  
**Weihnachts-Ausstellung**

### Adolph Ernst-Theater

Auftreten der Grottesktänzerin Miss Rose Batchelor vom Prince of Wales-Theater in London.  
\*Zum 19. Male:  
**Ein fideles Corps.**  
Große Gesangsposse mit Tanz. Nach dem englischen „A Gaiety Girl“ von Jonas Sidney, frei bearbeitet von Eduard Jacobson und Jean Kren. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.  
Infolge des großen Andrangs bleibt die Poffe von Donnerstag 10 Uhr ununterbrochen geöffnet.

### Kaufmann's Variété.

Das Sensationellste der Saison!  
**Naucke!!!**  
**Naucke!!!**  
der Kolossal-Mensch als **Pauline** vom Ballet  
ist wohl die urwolligste Nummer, welche je in einem Spezialitäten-Theater engagiert war. Ferner:  
**Das Riesen-Programm** mit 16 Glanznummern ohne Pauze.

### Urania

Anstalt für volkstümliche Naturkunde.  
Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof).  
Geöffnet von 5—10 Uhr.  
Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.  
Näheres die Anschlagzettel.

### Ben-

Jeden Sonntag Nachmittags Familienvorstlg. zu halb. Preisen.  
Orientalische Ali-Zauber und Bey's Wunder.  
Täglich Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Passage-Panopticum.**  
Neu! Neu!  
Prof. Frdr. Schwinge's Wandernde Lichtbilder.  
II. Das Lied von der Glocke in 15 lebenden Bildern mit transparentem Hintergrund. Musik von Romberg.  
Der Meister: **Rob. Biberti** vom Kgl. Opernhaus in Berlin.

### Circus G. Schumann.

Friedrich Karl-Ufer.  
**Texas Jack's American Prairie Life-Show.**  
Täglich, abends 7 1/2 Uhr:  
**Grosse Vorstellung.**

### Armin-Hallen

Kommandantenstraße Nr. 20  
Säle und Vereinszimmer  
von 20—600 Personen.

### Danksagung.

Für die herzliche Theilnahme und die Kranspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Verwandten und Bekannten und dem Verein der Zimmerer Berlins u. Umg. meinen herzlichsten Dank. 2181b  
Die trauernde Wittwe  
**Auguste Schmidt, geb. Neuse.**

### Danksagung.

Allen denen, welche meine liebe Frau Pauline, geb. Böhm, die letzte Ehre bei der Beerdigung erwiesen haben, sage ich hiermit meinen aufrichtigsten Dank.  
Der trauernde Gatte  
**C. Rehner,**  
sowie ihre Geschwister  
**G. Böhm, R. Böhm, A. Lanbe, Bertha Rechenberg, geb. Böhm.**

### Sargmagazin

u. Beerdigungskontoir,  
Schuhmacher, Swinemünderstr. 140.

### Circus Renz

Carlstrasse.  
Mittwoch, den 16. Januar, abends 7 1/2 Uhr:  
**Gala-Vorstellung.**  
Besonders hervorzuheben: 6 trak. Rapphengste, vorgef. v. Hrn. Rob. Renz. Das Schulpferd Beautiful, ger. v. Frau Renz-Stark. Jeu de barro, vom Reispiece. Auftret. d. Herrn Gustav Hüttemann (als Gast) mit seinem Schulpferde Cincinatus. Mit Agnes, Jongleuse zu Pferde. Hr. Frankoal, Saltomortale-Reiter. Hr. Clark, Jockey. Auftret. des beliebten August Mr. Lavater Lee, sowie der eccentricen Clowns Gebr. Villand etc. Zum Schluß:  
**Tjo Ni En.**  
(Beim Jahreswechsel in Peking.)  
Neue Musikleinlagen.  
Morgen, Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr:  
Gala-Sport-Vorstellung. Auf vielseitiges Verlangen: Auf, auf, zur fröhlichen Jagd! Original-Sport-Schauspiel in drei Abtheilungen v. Direktor Fr. Renz. Herr Gustav Hüttemann (als Gast).  
Fr. Renz, Kommissionsrath.

### Filz- und Seidenhüte

mit Kontrollmarke in allen Façons und Farben. Mützen, Pelzwaren, Kravatten. Reelle Waare zu soliden Preisen, empfiehlt  
**F. A. Pelzer,**  
80, 10 Neander-Strasse 10. 80.  
Achtung! Moabit-Genossen!  
**Filz- und Seidenhüte** mit Kontrollmarke, Pelzwaren, Mützen, Schirme. Carl Zarisch, Wilsnackerstr. 52. 1687b

### Herm. Ramlow's

Weiss- u. Bairisch-Bierlokal.  
Zimmer (60—80 Personen) für Vereine u. Festlichkeiten.  
**135 Schönhauser Allee 135.**

### Hammann's Erholungsgarten

70. Bellermannstrasse 70  
empfiehlt seinen Saal zu Versammlungen und Festlichkeiten auch Sonnabends und Sonntags gratis. 2174b

### Vogelheim

50 Pf., Fangnehe für H. Vögel 1 u. 1,50 M., für gr. u. H. Vögel 2—3 M., Schlagbatter 3,50 M., Kanarieneckroller 4, 5, 6 M., Eichhörnchen, Lachtauben, Wristauben, Zämler, Waldvögel und andere Thiere liefert **Reimann**, Berlin, Madai-Strasse 2, Schl. Bf. Auch Ankauf aller Arten Thiere. 2180b

### Pojamentier-Geschäft

wegen Todesfalls sofort spottbillig zu verk. Schönmann, Lindowstr. 20a.  
Fabrikat. Gesch. kl. Holz Metallbranche billig veräuß. Jung. Frach. kann sich Erlösen gründen. Anfr. u. „Fabrik“ Charlottenburg Hauptpostlsg.

### Garfen, Vollen- und Kompo-

Engros-Handlung sofort für 1200 M. zu verkaufen. Tieß, Berlin, Prinzen-Allee 62—63. 2182b

### Sozialdemokratischer Wahlverein für den 1. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

### Große öffentliche Versammlung

am Mittwoch, den 16. Januar, ab. 8 1/2 Uhr, im Lokale der „Arminhallen“, Kommandantenstraße 20.  
Tages-Ordnung:  
1. Die Erörterung der Truffs und Kartelle auf dem Frankfurter Parteitag. Referent **J. Eimm.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 276/13  
Das Thema wird ausführlich behandelt, die Diskussion eventuell in einer nächsten Versammlung fortgesetzt.  
Mitglieder, die ihr Wahlvereinsbuch vorzeigen, erhalten eine Broschüre. Ferner werden die Mitglieder auf § 5 Absatz b. des Statuts aufmerksam gemacht. — Frauen haben Zutritt.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
Der Vorstand.  
Die Zahlstellen befinden sich bei folgenden Genossen:  
Wendt, Claudiusstr. 19. Sommer, Grünstr. 21.  
Tripke, Jägerstr. 10. Gärtner, Wollenstr. 12.

### Sozialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Mittwoch, den 16. Jan., abends 8 1/2 Uhr, in „Deigmüller's Salon“, Alte Jakobstr. 48a:

### General-Versammlung.

Die Versammlung wird pünktlich 8 1/2 Uhr eröffnet. 278/17

### Sozialdemokratischer Wahlverein für den 5. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Donnerstag, den 17. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Buske, Grenadierstraße Nr. 33:

### General-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Bericht des Vorstandes und des Kassiers. 2. Verschiedenes. Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.  
Der Vorstand. 280/10

### Freie Volksbühne.

Am Sonntag, den 20. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr, V. Serie, 6. Abtheilung (Lesing-Theater):

### Der Traum ein Leben.

VI. Serie, 1. Abtheilung (National-Theater):

### Rein Hüsung (Keine Heimstätte).

Volksschauspiel in 3 Akten (4 Bildern).  
Mitwirkende: Baron v. Grassow: Julius Weßels; Baronin: Julia Gels; Johann Schütt: Adolf Herrmann; Marie: Bertha Arco; Daniel Baistemann: Max Samst; Frau Rosenhagen: Anna Kochow.  
Mitglieder zur 3., 4. oder 6. Abtheilung werden gegen einen Ausweis, der von dem Unterzeichneten ausgegeben wird, noch aufgenommen.  
Von Luxemburg sind M. 100 eingegangen, wofür bestens dankend quittirt  
Der Vorstand der Freien Volksbühne.  
294/19 J. A.: Julius Türk, O., Blumenstraße 21.

### Handlungsgehilfen! Kollegen!

Heute Mittwoch, den 16. Januar cr., abends 8 1/2 Uhr, in dem neuerbauten großen Festsale von Keller, Roppenstraße 29, an der Gr. Frankfurterstraße:

### Oeffentl. Versammlung der Handlungsgehilfen u. -Gehilfinnen.

Tagesordnung: Der Fall Stadthagen im Hause Gebr. Tietz. Freieste Diskussion. — Jeder Kollege, jede Kollegin ist geladen.  
Der Vertrauensmann der Berliner Handlungsgehilfen.

### Allgemeiner Verein der Löhner u. Berufsgeoffenen Deutschlands

(Filiale Berlin).  
Donnerstag, den 17. Januar, abends 5 1/2 Uhr, im Saale des Herrn Wernau, Rosenthalerstrasse No. 57:

### Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Wie sind die Kollegen dem Beschluß der letzten Versammlung nachgekommen? 2. Der Werth einer guten Statistik, und Ausgabe der vom Zentralvorstand eingesendeten Statistikkörper. 3. Vereinsangelegenheiten.  
Die Versammlung wird präzise eröffnet.  
246/13

### Deutscher Metallarbeiter-Verein.

Verwaltungsstelle Berlin-Moabit.  
Donnerstag, den 17. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Hermerichs, Verlegerstr. 25:

### Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Kassenericht. Bericht der Verwaltung und Ergänzungswahlen zu derselben. 2. Stellungnahme zum Nürnberg Antrag (Beitragsverhöhung) und Verschiedenes. 179/9  
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Kolleginnen u. Kollegen ersucht  
Die Verwaltung.



**Achtung! Achtung!**  
**Freitag, 18. Januar, vormittags 10 Uhr:**  
**7 grosse**  
**Arbeitslosen-**  
**Versammlungen**

in folgenden Lokalen:  
**2. Kreis:**  
**Möhring, Admiralstraße Nr. 18c.**  
**3. Kreis:**  
**Arminhallen, Kommandantenstraße Nr. 20.**  
**4. Kreis:**  
**Keller's Festsäle, Koppenstraße 29.**  
**Könznerhaus Sanssouci, Kottbuserstraße 4a.**  
**5. Kreis:**  
**Brauerei Friedrichshain, Landsberger Thor.**  
**6. Kreis:**  
**Kolberger Salon, Kolbergerstraße.**  
**Swinemünd. Gesellschaftshaus, Swinemünderstr.**  
 Tagesordnung in allen Versammlungen:  
**Die Arbeitslosigkeit, ihre Ursachen u. Wirkungen.**  
**Keine Zellersammlung.**  
**Die Vertrauenspersonen.**

**Gr. Volksversammlung**  
 zum Besten der Arbeiter-Bildungsschule  
 am **Donnerstag, den 17. Januar, abends 8 1/2 Uhr,** im  
 Lokale des Herrn Gründel, Brunnenstraße 188.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag über: „Die Frau in der Gegenwart“. Referent  
**Frau v. Gizyoki.** 2. Diskussion.  
**Eintritt hat jedermann!**  
 Alle Frauen ohne Unterschied der Partei und des Berufes werden be-  
 sonders dazu eingeladen.  
 Der Einberufer.

**Deutscher Holzarbeiter-Berband.**  
 Zahlstelle Berlin.  
**Mittwoch, den 16. Januar, abends 8 1/2 Uhr,** im Kolberger Salon,  
 Kolberger-Straße 23:  
**Vertrauensmänner-Versammlung für den Norden.**  
 Tagesordnung: Besprechung über Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

**Donnerstag, den 17. Januar ev., abends 8 1/2 Uhr,** bei **Schneider,**  
 Anen-Straße 16:  
**Sitzung der Ortsverwaltung u. d. Vertikalkontrollkommission.**  
 Zahlreiches Erscheinen aller Beteiligten dringend erforderlich.  
 Die Ortsverwaltung.

**Charlottenburg!**  
**Frauen- und Mädchen-Bildungsverein.**  
**Donnerstag, den 17. d. M., abends 8 Uhr,** bei **Krause,**  
 Wilmersdorferstraße 39:  
**Versammlung.**  
 Die Bevollmächtigte.

**Schöneberg!**  
**Donnerstag, den 17. Januar, abends 7 1/2 Uhr,** im Lokale des Herrn  
**Kessner, Grunewaldstr. 110:**  
**Große öffentl. Volks-Versammlung**  
**für Männer und Frauen.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag: „Die Umstrukturierung“. Referent: Reichstags-Abgeordneter  
**Fritz Zabol.** 2. Diskussion.  
 Zur Deckung der Unkosten wird ein Entree von 10 Pf. erhoben.  
 Der Vertrauensmann.

**Brauerei F. W. Hoffmann, Werder a. H.**  
 gegr. 1826. **Werdersches Gesundheitsbier** gegr. 1826.  
 sowie Potsdamer Stangenbier und  
 nach Pilsener und Münchener Art,  
**Bairisch Lagerbier** überall franko Haus von 1/2 Gebinden an.  
 Bestellungen: Berlin SW., Mäckerstr. 96 und an meinen Ver-  
 treter **O. Lewin, Berlin SW., Yorkstraße 70.**  
**Künstl. Zähne** schmerzlos eingesetzt, feisshend. Reparaturen sofort. Weniger  
 Bemittelte Ermäßigung. **Kreslawski, Spittelmarkt 13.**

**Berliner Gewerkschafts-Kommission.**  
**Oeffentliche Versammlung**  
**der Delegirten**  
**Freitag, den 18. Januar, abends 8 Uhr,** bei **Deigmüller,**  
**Alte Jakobstr. 48a.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Bericht des Ausschusses über die Ausführung des Antrages Dinge in  
 Sachen des Boykotts. 2. Droschkentischer contra Gewerkschafts-Kommission.  
 3. Gewerkschaftliches.  
 Die Delegirten werden ersucht, recht pünktlich zu erscheinen.  
 Der geschäftsführende Ausschuss der Berliner Gewerkschafts-Kommission.

**Verein zur Wahrung der Interessen der Gast- u. Schankwirth**  
**Berlins und Umgegend.**  
**Freitag, den 18. Januar, nachmittags 5 Uhr,** beim **Kollegen Jenke,**  
**(früher Kew), Naunynstraße 27:**  
**Mitglieder-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vierteljahres-Bericht des Kassiers. 2. Bericht der Rechtschuh-  
 Kommission. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Vortrag über Rechte und  
 Pflichten der Mitglieder. 5. Stellung der Mitglieder zur Organisation der  
 Gastwirthsgehilfen. 6. Der Artikel des „Vorwärts“ vom 8. Januar: „Nach-  
 klänge vom Bierboykott“ und wie stellen sich die Mitglieder des Vereins dazu.  
 7. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.  
 Pflicht eines jeden Mitgliedes ist es, in dieser Versammlung zu er-  
 scheinen. Gäste haben Zutritt.  
 Der Vorstand. J. A.: W. Lorenz.

**Gelegenheitskauf**  
 für Brautleute: Im Möbelspeicher  
 Neue Königl. 59, vorn I., sollen über  
 100 Wirtschaftseinrichtungen, kurze  
 Zeit verliehen gewesene u. neue Möbel  
 spottbillig verkauft werden. Ganze  
 Einrichtungen 100, 150, 200—1000 M.  
 Teilzahlung gestattet. Beamten ohne  
 Anzahlung. Kleiderspinden 15, Rücken-  
 spinden, Kommoden 12, Sophas 15 M.,  
 Bettstellen mit Sprungfeder-Matratzen  
 18, Nußbaum-Kleiderspinden 30, Stühle  
 3 Mark, hochseine Muschelspinden  
 40, Blüschgarnituren 60 Mark, Herren-  
 schreibische, Damenschreibische 30,  
 Cylinderbureau, Schreibsetretäre 15  
 Mark, Garderobenspinden, Panee-  
 l-sophas 75, Buffets, Trumeaus 65 M.,  
 Betten, Conliffentische, alles spott-  
 billig. Auch einzelne Gegenstände  
 werden zu Engrospreisen verkauft.  
 Empfehlung allen Herrschaften, mein  
 größtes Möbellager Berlins u. be-  
 sichtigen u. sich von den staunend billigen  
 Preisen zu überzeugen. Gekaufte Möbel  
 können bis April kostenfrei stehen  
 bleiben und werden durch eigene Ges-  
 spanne transportirt und aufgestellt.

**Gardinen-Reste**  
 zu 1-4 Fenstern passend, spottbillig  
 in der Fabrik **Grüner Weg 80,** part.  
 Eingang vom Flur.

**Gelegenheits-Kauf**  
 am **Mittwoch, Donnerstag und Freitag den 16., 17. u. 18. Januar**  
**Wäsche**  
**für Damen, Herren und Kinder**  
**zu außerordentlich billigen Ausnahme-Preisen.**  
 Diese Extra-Preise gelten nur für diese Tage.  
**A. Wronkow,** Dranienstraße 162,  
 zwischen Moritz- und Dranienplatz.  
 Filiale: Thalitzerstraße 62.

**Neu!** „Der Kampf für Ordnung, Sitte und Religion“.  
 Soziald. Couplet mit Profa. Preis 50 Pf. mit Klavier-  
 begleitung erscheint in einigen Tagen.  
**Rich. Koise, Buchdruckerei und Verlag, Berlin N., Schulgendorferstr. 16.** **Neu!**

**Der bekommt keinen Affen**



Künstl. Zähne 2 M. Vollst. schmerzlos. Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Reparatur  
 sofort. Teilzahlung. Zahnarzt **Wolf, Leipzigerstr. 22. Spr. 8-7 Uhr.** (21456)

**Swinemünder-Straße 45**  
 sehr billige freundliche Wohnungen,  
 Stube und Küche von 160 Mark an.  
 Näheres beim Verwalter. 21056

**Wohnungen,**  
 hell und gesund: 1 Stube mit Koch-  
 ofen 7 M.; 1 Stube u. Küche 12 bis  
 18 M.; 2 Stuben u. Küche 20-24 M.;  
 3 Stuben und Küche 25-27 M.  
**Sennigsdorferstr. 26.**

**Wolgasterstr. 3/4.**  
 Billige ff. Wohnungen, 2 u. 1 Stube,  
 Küche, per sofort u. später. 2089b

**Billige Wohnungen**  
 mit Wasserleitung u. Kloset, 1 u. 2 St.  
 u. Zubeh. von 46-72 Tblr. zu verm.  
**Rixdorf, Prinz Handjery-  
 straße 50.** \*46/19

**Mollendorferstr. 20** sind Wohnungen  
 zu 150-250 M.  
 sof. oder später zu verm. 20836\*

**Heidestr. 31**  
 zw. Nordhafen u. Lehrter Bahnhof sind  
 kleine freundl. Wohnungen  
 von 45-65-72-92 Thaler zu ver-  
 vermieten. (2169

**Prinzenstr. 13,** 1 Treppe, eine  
 Ladener Werkstatt sof. zu vermieten.  
 Möbl. Schlafz. f. 2 Hrn., Eing. sep.  
 Kottbuser Damm 108, v. 4 Tr. links,  
 G. Faust. 2179b

Schlafstelle, möbl. oder leere Stube  
 Kottbuser Ufer 6, v. 2 Tr. L. 2183b

**Arbeitsmarkt.**

**Achtung, Tischler!**  
 Zugang u. d. Küchenmöbel-Fabrik von  
**Oskar Springer,**  
 Generalstraße 8, Weissenhof,  
 ist unbedingt fern zu halten. 143/18\*  
 Die Kontrollkommission.

**Musikinstrumenten-Arbeiter-  
 Streik!**  
 Die Kollegen der Piano-Fabrik von  
**Görs & Kallmann**  
 haben infolge Maßregelungen und  
 Lohnforderungen die Arbeit nieder-  
 gelegt. Zugang ist strengstens fern-  
 zuhalten.  
 Gleichzeitig ist für die Branche Zu-  
 sammenfeger der Piano-Fabrik **Kunze  
 & Sohn, Blumenstr. 70,** infolge Maß-  
 regelung laut öffentlicher Versammlung  
 vom 18. Januar ev. die Sperrung ver-  
 hängt worden.  
 198/18 Die Lohnkommission.

Einen tüchtigen Deco upierer, aber  
 nur solcher, bei **Mühmei, Köpenicker-  
 straße 169, v. 3 Tr. L.** zu erst.

**In**  
**Roh-**  
**Tabaken**  
**und Utensilien für**  
**Cigarren-Fabrikanten**  
**!! billigster**  
**Einkauf!!**  
**W. Hermann Müller**  
**Berlin**  
**Alexanderstr. 22.**  
 Streng reelle Bedienung.  
**Creditgewährung**  
**nach Uebereinkunft!!**  
 Ein Jeder mache den Versuch.  
**Achtung!**  
 Jahressag, auch Theilzahl., wöchentl.  
 1 Mark, Guckel, Saufyer Platz 2,  
 Eisassstr. 12.  
**Milchfäbel, Kannen, Satten, Waße,**  
**Siebe, Tafelwaagen,**  
**Lampen, Kühlapparate, Buttermaschinen**  
**Butterkneten, Drehrollen.**  
**Jordan, Al. Markstr. 28.**

**Bureau für Unfall-Prozesse**  
 von **Dr. jur. Richard Lehmann,**  
 Lützowstr. 102, L. - Sprechstunde:  
 morgens 8-10 Uhr, abends 6-8 U.

**Bettfedern,** reine Gänsefedern 4 Pfd.  
 v. 50 Pfg. an. **Grüner**  
 Weg 41, 1 Tr. **Frau Glaser.**

**Möbel-**  
 Kaufgelegenheit für Brautleute  
 zu außergewöhnlich billigen Preisen  
 Einrichtungen von 150 bis 3000 M.,  
 auch jedes Stück einzeln. Nußbaum-  
 Mahagoni-Kleiderpind 30, Tisch 10,  
 Sopha 30 M., Seiden- und Blüsch-  
 garnituren, Paneele-sophas, Buffet-  
 Säulentrumenauz, Säulen-Kleider-  
 spinden, Vertikalow, Muschelspinden,  
 Schreibische, Bettstellen, Matratze 30M.  
 Muschelbettstelle, Spiegel, Küchen-Ein-  
 richtung. Verliehen gewesene billiger.  
 Gekaufte Möbel können kostenlos  
 lagern. Transport frei. 14322\*  
**Neue Königstr. 56, 1 Tr.**

**Teilzahlung.** Anzüge nach **Maass**  
**Comporowski, Schneidermeister,**  
 Berlin C. Jüdenstr. 37 L.

**Defillation**  
 mit zwei Klubs sofort wegen Uebernahme  
 eines Land-Gasthofes zu verkaufen  
**Prenzlauer Allee 35** beim Wirth.  
**Vereins-Saal Chausseestr. 72.**